SCHANZEN NEUES LEBEN

2.50

3/90

EGAL WAS MORGEN KOMMT....

Hier sind wir wieder, zwar ein paar Tage später als erwartet, da wir immer noch UrlauberInnengeschädigt sind.
Für die erste Hälfte der letzten Ausgabe incl. Mittelteil (Poster)gab es positive Kritiken (informelle Ebene). Die zweite Hälfte fanden einige LeserInnen verwirrend bis unverständlich.
Folgende Gründe wurden u.a. anderen genannt:
- bei einigen Texten war unklar, ob sie von der Redaktion oder von Gruppen geschrieben wurden
- es ist uns nicht gelungen Texte klar voneinander zu trennen
- Kritik gab es zum Umfang und zur Auswahl der Texte aus der Freiburger Broschüre (autonome Bolschewiki); Stil und Inhalt der Broschüre sind sicherlich diskussionswürdig
Wie ja eigentlich alle wissen sollten, können Diskussionspapiere und LeserInnenbriefe im Cafe Döse oder in der Buchhandlung "Druckerei" abgegeben werden. Wir finden es gut, daß wir in dieser Augabe mehrere eingegangene Texte dokumentieren können (z.B. Antifa, Zusammenlegung, Im Vierten, ums Viertel... und eine Anmerkung dazu). Wir hätten in dieser Ausgabe noch einige Seiten mehr produzieren können, waren dazu aber personell nicht in der Lage. Zudem wäre eine 40seitige Ausgabe ohne erneute Preiserhöhung nicht möglich gewesen. Aber wir wollen nicht auf SPIEGEL-Niveau verkommen. Zum Schluß noch eine Anmerkung: Wenn ihr uns etwas zu schicken wollt, versucht es im Blocksatz auf neun Centimeter Spaltenbreite zu tippen. Wenn ihr dann noch einiges Layout- Material beilegt, dann freuen wir uns echt, ey...
So, wir hoffen, die Zeitung gefällt diesmal auch ohne Poster, sie macht sich ja auch so ganz gut auf dem Klo.



Impressum:

Das NEUE SCHANZENLEBEN erscheint möglichst monatlich im Selbstverlag und unter Zeit- und Eigendruck; Herausgeber ist das Redaktionskollektief des NEUEN SCHANZENLEBENS.

Verantwortliche Redaktörin im Sinne des Pressegesetzes ist die Rote Flotte. Für Beiträge, die mit vollen Namen gekennzeichnet sind, übernimmt die Autorin/der Autor selbst die Verantwortung.

Die Besetzung der Häuser Schanzenstraße 56 + 62 am 17.3. und des Hauses Sternstraße 107 zwei Wochen zuvor hat die Aufmerksamkeit auf den Verkauf der freiwerdenden Laue-Flächen und der damit entstehenden Probleme gelenkt. Obwohl schon seit '88 bekannt war, daß die Firma Laue nach Ahrensburg umziehen wird, sickern erst jetzt erste spärliche Informationen über die Zukunft des Karrées Schanzen-, Lager-, Stern- und Ludwigstraße durch. Hier jetzt noch einmal ein paar (alte) Hintergründe und die aktuellsten Infos, soweit sie uns bekannt sind.

Eigentlich hatten wir für diesen Artikel noch ein Interview mit den BesetzerInnen der Schanzenstraße 56 + 62 vorgesehen; der Text ist aber in den unendlichen Weiten des Textspeichers verloren gegangen.



In der zweiten Hälfte des Jahres '88 entschied die Firma Laue ihre Verwaltung und Produktion vollständig nach Ahrensburg zu verlagern. Dem voraus ging ein sogenanntes Standortpokern, in dem die Firma Laue virtuos die Stadt Hamburg gegen das Land Schleswig-Holstein spielen ließ. Erstaunlich war dies eigentlich, weil die Stadt HH ihre Sanierungspläne für dieses Gebiet vollständig an die Bedürfnisse Laues angepaßt hatte und auch Laue selbst in den Jahren '86 und '87 begann, die Erweiterungspläne zu realisieren. So sollte die Verwaltung von der Kampstr. in die Schanzenstr. 56+62 verlagert werden. Dafür kündigte Laue allen Mietparteien in den bis dahin als Wohnhäuser genutzten Gebäuden. Begründet wurde dieser Rausschmiß mit den Erweiterungsplänen Laues. MieterInnen, die gegen diese Umwandlung von Wohn- in Gewerberaum geklagt hatten, sahen sich bald darauf mit dem Bezirksamt Mitte konfrontiert. Das Bezirksamt stimmte der Umwandlung zu, weil sonst die Firma Laue das Schanzenviertel verlassen müßte und somit innerstädtische Arbeitsplätze vernichtet würden. Auch der Teilen des Bezirkes geäußerte Vorschlag, daß Laue ein neues Verwaltungsgebäude in unmittelbarer Nähe bauen sollte, wurde von Laue und den zuständigen Entscheidungsträgern abgelehnt. Angesichts dieser Einheitsfront resignierten die MieterInnen, bis auf eine Mietpartei waren alle bis Mitte '87 ausgezogen.
Vielleicht war Laue durch diese Rük-kendeckung der Behörden erst richtig auf den Geschmack gekommen, denn kurz darauf eröffneten sie die erste Runde im Standortpoker. Mit der Entscheidung nach Ahrensburg zu ziehen, war ein Umzugsplan verbunden, der vorsah, daß die Firma stufenweise beginnend mit der Verwaltung und den Produktionsbereichen in Block 108/4 in einem Zeitraum von

Herbst '89 bis Ende '90 umzieht. So kam es, daß nur noch drei Wohnungen in der Schanzenstr.62 vorübergehend in Büros umgewandelt wurden, der Rest (und diese jetzt auch) standen bis vor zwei Wochen leer. Mit Wissen der Behörden hat Laue zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen:
1. sicherlich hohe Subventionen für den Umzug nach Ahrensburg.
2. eine repräsentative Immobilie, deren Wert durch den Leerstand enorm gestiegen ist. Ein Lehrstück der real existierenden "sozialen" Marktwirtschaft.

Daß mit dem Wegzug Laues alle Planungen hinsichtlich des Gebietes gegenstandslos werden, war auch den Behörden klar. Aber: keine Spur davon, daß neue Planungen öffentlich gemacht werden, welche Interessenten mit welchen Vorstellungen die Flächen und Gebäude kaufen wollen. Dabei gehören Laue in diesem Gebiet (Sanierungsgebiet St.-Pauli-Nord S3) Häuser mit über 1oo Wohnungen. Da dürfte wohl bei den Mie-terInnen einiges Interesse bestehen, etwas über ihre zukünftigen Vermieter und Wohnverhältnisse zu erfahren.

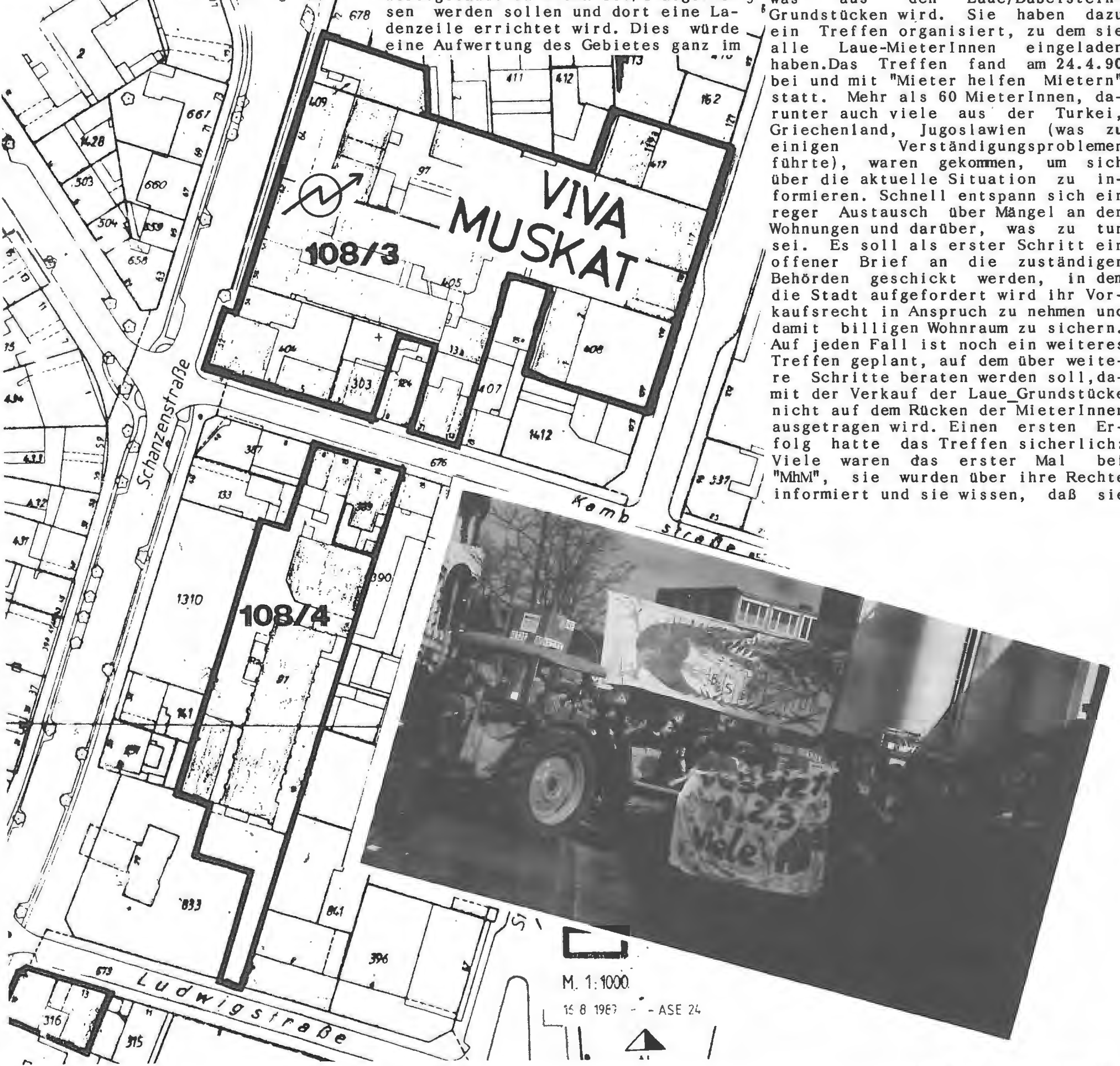
Erst die Besetzung am 17.3. hat etwas Licht an die Sache gebracht. So war dann mit einmal zu erfahren (TAZ 20.3.), daß schon seit Wochen ein Kaufvertrag zwischen der Firma Laue und dem Rechtsanwalt Dabelstein existiert, der nur noch der Zustimmung des Bezirksamts Mitte bedarf, um gül-tig zu werden. Für 17 Mio. sollen Flächen und Gebäude den Besitzer wechseln. Die Muskat+Co. (so nennen sich die BesetzerInnen) erwarten die Entscheidung des Bezirksamts Ende April/Anfang Mai. Was Dabelstein konkret in dem Gebiet plant oder ob er nur als Strohmann fungiert, war nicht in Erfahrung zu bringen. Bedenklich stimmt allerdings, daß er auch an anderen Grundstücken und Häusern in diesem Gebiet ein Kaufinteresse gezeigt hat.

Zumindest für die Wohnhäuser scheint ziemlich sicher zu sein, daß sie modernisiert werden sollen. Ob mit Eigenmitteln oder mit öffentlichen Geldern - keine Auskunft der Behörden. Dabei hätte ersteres entscheidende Auswirkungen auf das Mietniveau, weil es dann keine Mietpreisbindung gäben würde. Muskat+Co. geht im weiteren davon aus, daß die Gewerbegebäude in Block 108/4 abgerissen werden sollen und dort eine Ladenzeile errichtet wird. Dies würde eine Aufwertung des Gebietes ganz im **Sinne des WIS-Papieres** (siehe letztes NSL und gleichnamige Broschüre) bedeuten. Das jedenfalls auf dem Laue-Gelände kein Platz für andere "Wohn- und Eigentumsformen", wie es Muskat+Co fordert, vorgesehen ist, wurde mit und nach der Besetzung deutlich.

Schon eine Woche später kamen einige Laue-ArbeiterInnen und AussiedlerInnen zu einer neuen Wohnung - befristet bis zum 31. Dez. 90. Dabelstein will schließlich keine unnötigen Altlasten übernehmen. Aber bis dahin werden die neuen MieterInnen schon ihre Funktion erfüllen: eine Wiederbesetzung zu verhindern. Die Besetzung selbst wurde schon nach einigen Stunden von den Bullen beendet, die BesetzerInnen ED behandelt und bis morgens um 4.00h gefangen gehalten. Üblich war sonst meistens eine Personalienfeststellung.

Eine Reaktion auf die gut vorbereitete Besetzung und darauf, daß die BesetzerInnen beim Anrücken des Räumungskommandos nicht das Haus verlassen haben?

Jedenfalls will sich Muskat+Co weiter um das Haus kümmern und darum, was aus den Laue/Dabelstein-Grundstücken wird. Sie haben dazu ein Treffen organisiert, zu dem sie alle Laue-MieterInnen eingeladen haben.Das Treffen fand am 24.4.90 bei und mit "Mieter helfen Mietern" statt. Mehr als 60 MieterInnen, darunter auch viele aus der Turkei, Griechenland, Jugoslawien (was zu einigen Verständigungsproblemen führte), waren gekommen, um sich über die aktuelle Situation zu informieren. Schnell entspann sich ein reger Austausch über Mängel an den Wohnungen und darüber, was zu tun sei. Es soll als erster Schritt ein offener Brief an die zuständigen Behörden geschickt werden, in dem die Stadt aufgefordert wird ihr Vorkaufsrecht in Anspruch zu nehmen und damit billigen Wohnraum zu sichern. Auf jeden Fall ist noch ein weiteres Treffen geplant, auf dem über weitere Schritte beraten werden soll,damit der Verkauf der Laue_Grundstücke nicht auf dem Rücken der MieterInnen ausgetragen wird. Einen ersten Erfolg hatte das Treffen sicherlich: Viele waren das erster Mal bei "MhM", sie wurden über ihre Rechte informiert und sie wissen, daß sie



BRD ALS FLUCHTLAND - ABGESCHAFFT

Nachdem ich in der letzten Nummer des "Neuen Schanzenlebens" die Bestimmungen referiert habe, die insbesondere die in der BRD lebenden Arbeitsimmigranten und ihre Familienangehörigen betreffen, werde ich mich im folgenden den Einreisebestimmungen und den Bestimmungen zuwenden die besonders Flüchtlinge betreffen. Da die für diese Personengruppe vorgesehenen Veränderungen umfangreich und einschneidend sind werde ich mich in diesem Artikel darauf beschränken die entscheidenden Paragraphen zu referieren und erst im Zusammenhang mit der Darstellung des Grundsatzpapieres des Bundesminister des Innern: »Flüchtlingsproblematik, bisherige und und neue Lösungsansätze, insbesondere Rückführungsprogramme«. Vom 16. Januar 1990, eine politische Bewertung vornehmen. Dies scheint auch deshalb sinnvoll weil die in dieser Vorlage angedachten Entwicklungslinien weit über den rein rechtlichen Rahmen hinausgehen.
Nur soviel sei bereits an dieser Stelle gesagt: Der vorliegende Gesetzentwurf für ein neues Ausländergesetz schafft gegenüber Flüchtlingen ein ausgesprochen feines Instrumentarium mit dem der Staat auf mögliche politische Entwicklungen in den Ländern des Trikont innenpolitisch reagieren kann. Die Eingriffsmöglichkeiten sind sehr ausgereift und es steht zu befürchten, das sie um ein entsprechendes außenpolitisches Instrumentarium imperialistischer Politik ergänzt werden wird.

Flucht - Nur mit ausdrücklicher Genehmigung

In den Bestimmungen zur Einreise in die BRD wird der Anwerbestopp (Zuzugsstopp) von 1973 durch die Einführung der generellen Sichtvermerkspflicht (§ 58), rechtlich festgeschrieben. Gelingt es einem zur Flucht Entschlossenen, die gut bewachte bundesdeutsche Botschaft zu erreichen und dort ein Visum zu beantragen, dann kann ihm dies, ohne Begründung, ohne Rechtsmittelbelehrung und ohne Widerspruchs- und Klagemöglichkeiten verweigert werden (§ 67 und 68). Nach § 71 ist ein Widerspruch gegen eine Entscheidung der Auslandsvertretung ausdrücklich ausgeschlossen.
Die "besonderen Versagungsgründe" zur Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung beinhalten die Verletzung der Paß-und der Sichtvermerkspflicht. Sollte dem Flüchtling dennoch das Glück widerfahren sein ein gültiges Einreisevisum ausgestellt zu bekommen, so kann ihm trotz alledem, auf bloßen Verdacht hin das der Einreisegrund möglicherweise nicht mit dem bei der Visaerteilung angegebenen übereinstimmt und damit Gründe geschaffen werden die als Abschiebehindernisse einer Ausreise entgegenstehen, die Einreise in die BRD verwehrt werden. Da in der Regel Besuchs-, Touristen- oder Transitvisen beantragt werden, stellt die Inanspruchnahme der Regelungen aus der Genfer-Konvention, nach der niemand in ein Land abgeschoben werden darf, wenn ihm Gefahr für Leib und Leben droht, ein derartige Abschiebehindernis dar. Dies bedeutet, daß Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten grundsätzlich kein Visum für die BRD bekommen können, da bei ihnen die Möglichkeit besteht, daß sie nicht mehr in ihre Heimat zurück können oder wollen.
Nach den Veränderungen in den Staaten Osteuropas werden sich die Fluchtländer wieder vorwiegend außerhalb Europas befinden. Um überhaupt nach Europa zu gelangen, sind die Flüchtlinge auf Transportunternehmen, in der Regel Fluglinien, angewiesen.
In Anlehnung an den geltenden § 18 Abs. 4 Ausländergesetz von 1965 sollen die Beförderungsunternehmen - insbesondere Fluggesellschaften - noch stärker in die staatliche "Pflicht" genommen werden und faktisch ausländerpolizeiliche Aufgaben übernehmen. So besteht nach § 73 eine "Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer" im Falle der Zurückweisung für eine Dauer drei Jahren, wenn Ausländer ohne erforderlichen Paß und Visum einreisen. Diese Pflicht besteht auch gegenüber Flüchtlingen, die im Bundesgebiet ihre politische Verfolgung geltend machen und dann keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

Im § 74 kann der Bundesinnenminister den Beförderungsunternehmen die Beförderung von Ausländern sogar gänzlich untersagen, wenn sie der Paß- und Sichtvermerkspflicht nicht genüge tun. Handelt ein Beförderungsunternehmer dem zuwider, hat er dem Bund mindestens 500 und höchstens 5.000 DM zu entrichten, Fluggesellschaften kommen unter 2.000 DM nicht davon. In Abweichung von § 18 Abs.5 des bestehenden Ausländergesetzes ist damit das "Zwangsgeld" (§ 74, Abs. 2, Punkt 2) erhöht und eine Spannbreite eingeführt worden (bislang gilt ein einheitliches Zwangsgeld von 2.000).

Nach Abs. 3 des § 74 kann der Bundesinnenminister im Einvernehmen mit dem Bundesverkehrsminister ein Beförderungsunternehmen dazu verpflichten, vor der Abreise in das Bundesgebiet die Pässe aller Ausländer einzusammeln und bei Ankunft in der Bundesrepublik den Grenzbehörden auszuhändigen. Damit soll dem Umstand vorgebeugt werden, daß Ausländer während ihrer Reise ins Bundesgebiet ihre Papiere vernichten.

In der Bundesrepublik...

Sollten Asylbewerber die hohen Hürden der Einreise in das Bundesgebiet genommen haben, durchlaufen sie das geltende Asylverfahren und erhalten ein in der Regel eine auf sechs Monate befristete, räumlich beschränkte Aufenthaltsgestattung nach § 20 AsylVfg. Sie unterliegen dabei nach wie vor dem fünfjährigen Arbeitsverbot, der Unterbringung in Sammellagern und anderen Einschränkungen ihrer Freizügigkeit. Zudem gilt nach § 20 die Familienaufenthaltgenehmigung nicht für Angehörige von Asylsuchenden. Ein Familiennachzug wird nach (§ 29) nahezu Ausgeschlossen.
Der Flüchtling erhält, nach erfolgter Asylantragsstellung, erstmal eine Duldung solange eine Abschiebung aus rechtlichen (laufendes Asylverfahren) oder materiellen Gründen (Abschiebungshindernisse) nicht möglich ist (§ 53 und 54). Der Flüchtling ist nach wie vor zur Ausreise verpflichtet (§ 53).
Die gesetzliche Neuregelung in den §§ 55 und 56 setzt dies Praxis der Duldung nach Gewährung der Aufenthaltsgestattung im wesentlichen fort, wonach "Duldung" keinen Rechtsanspruch und keinen Widerspruch begründet, sondern lediglich die zeitweise Aussetzung der Abschiebung (§ 55 Abs.1). Duldung schließt einen Daueraufenthalt aus. Neu ist die Erhöhung der Befristung von 6 Monaten auf 1 Jahr; eine Verlängerung ist ebenso möglich wie die räumlichen Beschränkungen, Auflagen und Bedingungen (§ 56 Abs.2 und 3).
Von Bedeutung sind die §§ 32 und 33 im Zusammenhang mit der Aufenthaltsbefugnis. Demnach können die obersten Landesbehörden Ausländern aus "völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland" nur im Einvernehmen mit dem Bundesmi-



nister des Innern eine Aufenthaltsbefugnis erteilen; umgekehrt kann der Bundesinnenminister aus den gleichen Gründen einen Ausländer "zum Zwecke der Aufenthaltsgewährung in das Bundesgebiet übernehmen". Mit der Herstellung der Rechtseinheitlichkeit zwischen Bund und Ländern möchte der Regierungsentwurf die Duldungspraktiken in den einzelnen Bundesländern gegenüber Ausländern oder Ausländergruppen nivellieren und liberale "Schlupflöcher" für vornehmlich de-facto-Flüchtlinge etwa aus Sri Lanka oder Palästina schließen.

Ein Flüchtling hat, wenn er in der Bundesrepublik Deutschland Schutz vor Verfolgung sucht, zwei Möglichkeiten: er kann sich auf die politische Verfolgung nach dem Grundgesetz Art. 16 Abs.2 berufen und unterliegt dem darauf folgenden Asylverfahren.

Er kann sich aber auch auf Art. 33, Abs. 2 der Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahre 1951, die die Bundesrepublik ratifiziert hat, beziehen, wonach niemand in einen Staat abgeschoben werden darf, wenn dem Ausländer dort eine Bedrohung seines Lebens oder seiner Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung ins Haus steht.

Beruft sich ein Ausländer auf die politische Verfolgung gemäß der Konvention, so soll nunmehr das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf in einem Asylverfahren klären, ob die Voraussetzungen nach der Konvention vorliegen (Abs. 2, Punkt 2). Das Bundesamt hat die politische Verfolgteneigenschaft nach dem GG Art.16 Abs.2 zu prüfen - nicht jedoch die Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention.

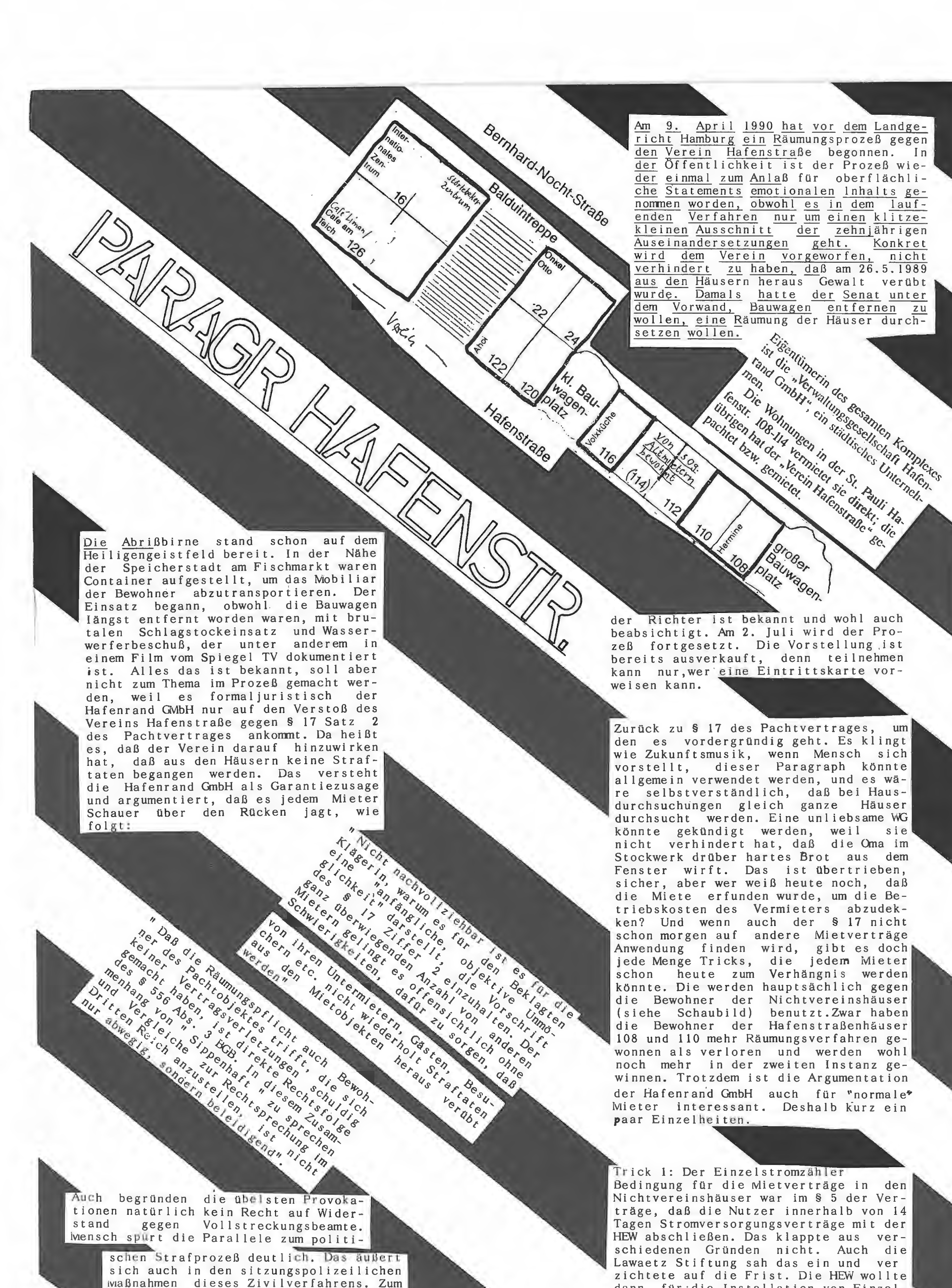
Nach § 67 wird "über den Aufenthalt von Ausländern ... auf der Grundlage der im Bundesgebiet bekannten Umstände und zugänglichen Erkenntnisse entschieden". Damit sind ausdrücklich die bundesdeutschen Botschaften vom Amtsermittlungsprinzip, das heißt, von der Pflicht der Sachverhaltsaufklärung der Lage in den Herkunftsländern beizutragen, befreit, was in der Begründung des Referentenentwurfs vom 27.9.89 mit einem "unvertretbaren Verwaltungsaufwand" gerechtfertigt wird. Vielmehr "obliegt es dem Ausländer, seine Belange und für ihn günstigen Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise über seine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Nachweise, die er erbringen kann, unverzüglich beizubringen. Die Ausländerbehörde kann ihm dafür eine angemessene Frist setzen. Nach Ablauf der Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise bleiben unberücksichtigt" (§ 70 Abs.1).

und das für länger...

Ein "Quereinstieg" für den Erwerb eines Daueraufenthalts ist nunmehr über den neugeschaffenen Titel der "Aufenthaltsbefugnis" nach § 30 möglich. Eine Aufenthaltsbefugnis können die sogenannten de-facto-Flüchtlinge erhalten, wenn ihnen "aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären ründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet erlaubt werden soll" (§ 30 Abs.1). Ausländer mit diesem Titel müssen sich alle 2 Jahre einer behördlichen Überprüfungsprozedur unterziehen, ob die genannten Gründe - wie etwa Menschenrechtsverletzungen im Herkunftsland - nach wie vor gelten. Erst nach 8 Jahren "kann" der Ausländer eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten, sofern er die Voraussetzungen nach § 24 erfüllt. Das bedeutet, das der Flüchtling seinen Lebensunterhalt »aus eigener Erwerbstätigkeit oder eigenem Vermögen« sichern muß. Nach weiteren 3 Jahren "Bewährung" wird auch eine Aufenthaltsberechtigung ausgestellt. Ein kurdischer Flüchtling hätte beispielsweise folgende Hürden zu nehmen: eine einjährige ungewisse "Duldung", vier Mal zwei Jahre Aufenthaltsbefugnis, dann drei Jahre unbefristete Aufenthaltserlaubnis - und nach insgesamt 12 Jahren die Aufenthaltsberechtigung. Wobei er jederzeit, bei Nichterfüllung einer der in § 24 genannten Bedingungen, von seinem Aufenthaltsstatus zurückgestuft werden kann.

ein vorläufiges Resumee

Da, nach den Veränderungen in den osteuropäischen Ländern, der Art.16, Abs. 2 für die Herrschenden nicht mehr brauchbar ist, er aber Aufgrund seiner Verfassungsstellung nicht einfach zu beseitigen ist, wird seine Inanspruchnahme weitgehend verhindert oder zumindest derart erschwert, das es einer Verhinderung gleichkommt. In den folgenden Nummern des "Neuen Schanzenlebens" wird zu untersuchen sein, inwieweit sich der bundesdeutsche Herrschaftsapparat mit dieser für ihn unbefriedigenden Ausgestaltung des Rechtssystems zufrieden gibt oder ob er nicht bereits dabei ist, unter Einbeziehung breiter gesellschaftlicher Kreise, die Flüchtlingspolitik den veränderten geopolitischen Bedingungen anzupassen und sie zu einem offensiven Instrument imperialistischer Innen- und Außenpolitik zu entwickeln.



Am 9. April 1990 hat vor dem Landgericht Hamburg ein Räumungsprozeß gegen den Verein Hafenstraße begonnen. In der Öffentlichkeit ist der Prozeß wieder einmal zum Anlaß für oberflächliche Statements emotionalen Inhalts genommen worden, obwohl es in dem laufenden Verfahren nur um einen klitzekleinen Ausschnitt der zehnjährigen Auseinandersetzungen geht. Konkret wird dem Verein vorgeworfen, nicht verhindert zu haben, daß am 26.5.1989 aus den Häusern heraus Gewalt verübt wurde. Damals hatte der Senat unter dem Vorwand, Bauwagen entfernen zu wollen, eine Räumung der Häuser durchsetzen wollen.

Eigentümerin des gesamten Komplexes ist die „Verwaltungsgesellschaft Hafenrand GmbH", ein städtisches Unternehmen.
Die Wohnungen in der St. Pauli Hafenstr. 108-114 vermietet sie direkt, die übrigen hat der „Verein Hafenstraße" gepachtet bzw. gemietet.

Die Abrißbirne stand schon auf dem Heiligengeistfeld bereit. In der Nähe der Speicherstadt am Fischmarkt waren Container aufgestellt, um das Mobiliar der Bewohner abzutransportieren. Der Einsatz begann, obwohl die Bauwagen längst entfernt worden waren, mit brutalen Schlagstockeinsatz und Wasserwerferbeschuß, der unter anderem in einem Film vom Spiegel TV dokumentiert ist. Alles das ist bekannt, soll aber nicht zum Thema im Prozeß gemacht werden, weil es formaljuristisch der Hafenrand GMbH nur auf den Verstoß des Vereins Hafenstraße gegen § 17 Satz 2 des Pachtvertrages ankommt. Da heißt es, daß der Verein darauf hinzuwirken hat, daß aus den Häusern keine Straftaten begangen werden. Das versteht die Hafenrand GmbH als Garantiezusage und argumentiert, daß es jedem Mieter Schauer über den Rücken jagt, wie folgt:

"Nicht nachvollziehbar ist es für die Klägerin, warum es für den Beklagten eine "anfängliche, objektive Unmöglichkeit" darstellt, die Vorschrift des § 17 Ziffer 2 einzuhalten. Der ganz überwiegenden Anzahl von anderen Mietern gelingt es offensichtlich ohne Schwierigkeiten, dafür zu sorgen, daß von ihren Untermietern, Gästen, Besuchern etc. nicht wiederholt Straftaten aus den Mietobjekten heraus verübt werden"

"Daß die Räumungspflicht auch Bewohner des Pachtobjektes trifft, die sich keiner Vertragsverletzungen schuldig gemacht haben, ist direkte Rechtsfolge des § 556 Abs. 3 BGB. In diesem Zusammenhang von " Sippenhaft " zu sprechen und Vergleiche zur Rechtsprechung im Dritten Reich anzustellen, ist nicht nur abwegig, sondern beleidigend".

Auch begründen die übelsten Provokationen natürlich kein Recht auf Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Mensch spürt die Parallele zum politischen Strafprozeß deutlich. Das äußert sich auch in den sitzungspolizeilichen Maßnahmen dieses Zivilverfahrens. Zum ersten Mal gibt es in einem Hamburger Mietprozeß Personenkontrollen mit Videoaufnahmen der Polizei schon vor Betreten des Sitzungssaales. Die Wirkung auf die Zuschauer und die Befangenheit der Richter ist bekannt und wohl auch beabsichtigt. Am 2. Juli wird der Prozeß fortgesetzt. Die Vorstellung ist bereits ausverkauft, denn teilnehmen kann nur,wer eine Eintrittskarte vorweisen kann.

Zurück zu § 17 des Pachtvertrages, um den es vordergründig geht. Es klingt wie Zukunftsmusik, wenn Mensch sich vorstellt, dieser Paragraph könnte allgemein verwendet werden, und es wäre selbstverständlich, daß bei Hausdurchsuchungen gleich ganze Häuser durchsucht werden. Eine unliebsame WG könnte gekündigt werden, weil sie nicht verhindert hat, daß die Oma im Stockwerk drüber hartes Brot aus dem Fenster wirft. Das ist übertrieben, sicher, aber wer weiß heute noch, daß die Miete erfunden wurde, um die Betriebskosten des Vermieters abzudekken? Und wenn auch der § 17 nicht schon morgen auf andere Mietverträge Anwendung finden wird, gibt es doch jede Menge Tricks, die jedem Mieter schon heute zum Verhängnis werden könnte. Die werden hauptsächlich gegen die Bewohner der Nichtvereinshäuser (siehe Schaubild) benutzt.Zwar haben die Bewohner der Hafenstraßenhäuser 108 und 110 mehr Räumungsverfahren gewonnen als verloren und werden wohl noch mehr in der zweiten Instanz gewinnen. Trotzdem ist die Argumentation der Hafenrand GmbH auch für "normale" Mieter interessant. Deshalb kurz ein paar Einzelheiten.

Trick 1: Der Einzelstromzähler
Bedingung für die Mietverträge in den Nichtvereinshäuser war im § 5 der Verträge, daß die Nutzer innerhalb von 14 Tagen Stromversorgungsverträge mit der HEW abschließen. Das klappte aus verschiedenen Gründen nicht. Auch die Lawaetz Stiftung sah das ein und verzichtete auf die Frist. Die HEW wollte dann für die Installation von Einzelzählern neben den Mietern noch jemanden, der haftet. Das ist üblicherweise der Vermieter, mit dem ein sogenannter

Grundversorgungsvertrag abgeschlossen wird. Nachdem die Lawaetz- Stiftung einen solchen endlich abgeschlossen hatte, trat die Hafenrand GmbH an ihre Stelle und kündigte diesen Vertrag sofort wieder. Daraufhin weigerte sich die HEW, Einzelstromzähler anzuschließen. Dies nahm die Hafenrand GmbH zum willkommenden Anlaß, die Mietverträge zu kündigen, weil die Bedingung in § 5 nicht eingehalten worden war. Nachdem sie im ersten Verfahren Ende November gewannen, unterlagen sie in den folgenden, weil unvoreingenommene RichterInnen kein Verschulden der BewohnerInnen erkennen konnten. Vielmehr schrieben sie in ihren Urteilen deutlich, daß es Sache des Vermieters ist, die Voraussetzungen für den Abschluß von Einzelstromverträgen der Mieter mit der HEW zu schaffen.

Trick 2: Die unpünktliche Mietzahlung
Wie Mensch sich denken kann, fliegt aus der Wohnung, wer die Miete länger als zwei Monate nicht oder laufend unpünktlich bezahlt (§554 BGB). Wer kein Geld hat und Sozialhilfe bezieht bekommt die Miete durch das Sozialamt bezahlt. Dabei kann das Sozialamt auch direkt an den Vermieter zahlen. So auch bei einigen Bewohnern der Hafenstraße. Über das Senatsamt für Bezirksangelegenheiten besteht nun faktisch die Möglichkeit, eine illegale Zusammenarbeit zwischen Sozialamt und Hafenrand GmbH zu erzwingen. Die Mietzahlungen erfolgten plötzlich noch unpünktlicher als ohnehin schon, wurden zurückgehalten, oder an die falsche Adresse überwiesen etc. Amtsleiter Beeken der Sozialabteilung St. Pauli hat dafür im Feb. eine Dienstaufsichtsbeschwerde kassiert, die natürlich folgenlos blieb. Immerhin hat der Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Reichel, die unpünktlichen Zahlungen eingeräumt und sich entschuldigt. Es soll nicht mehr vorkommen. Wem also so etwas passiert, sollte sich auf dieses Versprechen vom 6. April 1990 (G.z M/VA 2/12.55-9) berufen. Trotzdem hilft das nicht gegen die fristlose Kündigung eines Vermieters wegen Zahlungsverzuges. Mensch kann nur bis einen Monat nach Klageerhebung den Rückstand bezahlen, um die Kündigung unwirksam zu machen. Hat Mensch kein Geld, muß das Sozialamt den Rückstand übernehmen, allerdings nur ein Mal in zwei Jahren (§554 Abs.2, Ziff.2, Satz2 BGB). Es gibt zwar noch Möglichkeiten, Räumungsschutz zu bekommen, aber das zögert die ganze Sache nur heraus. Das Sozialamt schmeißt also indirekt alle die Leute aus ihren Wohnungen, für die es nicht oder unpünktlich die Miete zahlt und / oder Rückstände nicht oder zu spät übernimmt. In der Regel passiert das zwar aus Schlamperei, weil der Streß für das Sozialamt dann erst richtig losgeht mit Einweisungen und Übernachtungsscheinen. Aber im Fall der Hafenstraßenbewohner ist die Interessenlage offensichtlich ein andere. Da bleibt auch schon mal ein Antrag auf Winterbekleidung einen Winter lang unbearbeitet," wegen der angespannten Personalsituation "(Reichel). Entgegen den Ansichten einiger Hamburger Mietrichter ist eine Kündigung wegen Zahlungsverzuges des Sozialamtes jedoch treuwidrig und ein darauf gestützter Räumungsanspruch nicht durchsetzbar. Die Kündigung ist unwirksam. (LG Karlsruhe WM 1989, 629 m.w.N.)

Trick 3: Teilkündigung der Gemeinschaftsräume.
Wenn schon nicht die Wohnräume, dann will die Hafenrand GmbH wenigstens die Gemeinschaftsräume kündigen dürfen. Die gehören nicht zum Wohnraum und seien teilweise in einem anderen Stockwerk. Obwohl Teilkündigungen einheitlicher Mietverhältnisse unzulässig sind, wird hier versucht Präzedenzfälle zu schaffen, mit denen auch andere Vermieter endlich in der Lage wären, Garagen, Kellerräume, Dachböden und Balkone gesondert zu kündigen, wie das immer wieder versucht wird, um mehr Wohnraum zu schaffen und teuer zu vermieten.



Trick 4: Gebrauchsüberlassung an Dritte. Wie bei jeder WG wird auch bei den BewohnerInnen der Nicht-Vereinshäuser mit unerlaubter Untervermietung argumentiert. §7 Nr.2 des Vertrages lautet aber etwa so wie die Regelung im üblichen Hamburger Mietvertrag über Wohnraum zur Untervermietung. Das ist auch nicht verwunderlich, weil das Gesetz bei einem nachträglich berechtigten Interesse des Mieters und fehlender Überbelegung eine Untervermietung zuläßt und abweichende Vereinbarungen zum Nachteil des Mieters für unwirksam erklärt (§549 Abs.2, Satz 2, BGB). Mensch braucht also eigentlich die Erlaubnis des Vermieters für eine Untervermietung. Da die Aufnahme von Dritten in die Wohnun aber nicht unbedingt Untervermietung sein muß und, selbst wenn, der Mieter die Erlaubnis vom Vermieter gerichtlich erzwingen könnte, kann der Vermieter nicht fristlos kündigen, wenn die Erlaubnis nicht eingeholt wurde. Wegen der komplizierten Einzelheiten gerade bei Wohngemeinschaften kann hier nur auf die Sprechstunden von Mietervereinen hingewiesen werden. Aber es lohnt sich, nicht immer gleich aufzugeben. Denn im Falle der Hafenstraßenhäuser hat der Kampf dazu geführt, daß sie noch da sind. Dieser Kampf hat sich vorübergehend auf die juristische Ebene verlagert. Eigentlich wurden nur die Waffen und die Ringrichter gewechselt. Klar ist, daß auch auf diesem Nebenschauplatz die Bewohner nicht chancenlos sind und es in jedem Fall noch eine ganze Weile dauern wird, bis ein rechtmäßiger Räumungstitel erstritten wird. Und die Zeit läuft dem Senat davon. Nach zehn Jahren heißt es erst recht:
Hafen bleibt! Worüber sollten die Zeitungen sonst schreiben? Selbst wir haben wieder einige Seiten gefüllt - und der Kampf geht weiter.



Grund genug für uns, zu feiern, vor allen Dingen angesichts der Tatsache, daß in dieser unserer Stadt seit Jahren im Senat der alte Slogan "keine Hausbesetzung länger als 24 Stunden" auf^_recht erhalten wird, bei der Flora werden es 4344 ... immerhin ....
Also werden wir diesen Tag - zumal ArbeiterInnenkampftag - heftig feiern; hoffentlich bei gutem Wetter und ganz besonders hoffentlich mit vielen Menschen aus dem Schanzenviertel und von überall her.
Genauso ist es aber auch ein Anlaß, mal zu gucken, was wir eigentlich geschafft haben in diesen 6 Monaten Besetzung, welche un^_serer Vorstellungen und Träume wir verwirklichen konnten ...
So weit, so gut.
Jetzt fängt es aber schon an mit den Unklarheiten: wer sind überhaupt "wir"?!? Etwa "wir alle"? Ach, all' diejenigen, die in der Flora lieber ein Einkaufszentrum sähen oder einen Kommerzpalast ...? Bin ich "wir", wenn ich jede Woche auf`s Flora-Plenum gehe? Oder ist tägliche Anwesenheit von Nöten? Was ist mit den Leuten, die häufiger zu Veranstaltungen kommen oder ihr Gruppentreffen in der Flora abhalten? Und diejenigen, die eher interessiert gukken, sich aber nicht so recht reintrauen? Und nicht zuletzt, was ist mit denen, die irgendwann mal ganz heftig dabei waren, sich jetzt aber zurückgezogen haben?
Kurzum, ein homogenes "wir" gibt es um die Flora gar nicht, hat es nie gegeben. Was es gibt sind Menschen, die seit längerer oder sehr kurzer



Zeit in Gruppen zusammenarbeiten und jede Menge sogenannte Einzelpersonen.
Na und einigen dieser Menschen haben wir in den letzten Tagen mal das Mikro unter die Nase gehalten, um Lust und Frust, Traum und Realität mit und um die Flora mal herauszuhören. (was fehlt, wären die gleichen Fragen an Menschen, die in die Flora eher nicht hineinschauen).



Was ist Flora für Dich ?

"Kann ich so nicht sagen."
"...so was, wie ... unabhängiges Stadtteilkulturzentrum. Wo ich einfach so Kultur mache, ohne Kommerzkultur ... wo irgendwelche Leute sich halt irgendwie treffen. Aber was ich auch noch betonen möchte, so Flora für alle ..."
"Ein sehr sinnvolles Projekt, ein politisches und kulturelles Zentrum, wo Leute sich treffen können, Meinungen austauschen können, vielleicht auch gewisse Probleme lösen können, politische und soziale und kulturelle Veranstaltungen, sich kennenlernen und für mich persönlich auch Widerstand entwickeln gegen die verschiedenen Pläne der Herrschenden. Hier kann sich vieles entwikkeln mit vielen Menschen."



"Eine Droge. Und ich bin 4 Tage auf Entzug!"
"Ein großer stummer Fisch ..."

Was nervt dich an der Flora ?

"Das Flora-Plenum. Nee, so einige Leute auch, in der Flora. Leute, die versuchen, ... was ihnen nicht gefällt ... , das merkt man am Plenum ... also am Verhalten."
"Das einige Leute, die neu sind oder nicht gleich den Mund aufkriegen, von anderen fertig gemacht werden. Die kommen dann nie wieder, das habe ich schon erlebt. Einige Leute versuchen, die Machtposition in der Flora zu halten. Politische Auseinandersetzungen werden einfach auf die menschliche Ebene runtergezogen, Leute fertiggemacht usw."



"Die Coolheit von manchen Leuten."
"Fällt mir nichts zu ein."
"Das wir zwar viel reden, aber vor lauter reden nicht dazu kommen, ... weiterzukommen. Und was gemeinsam zu entwickeln, wie das hier mit Flora weitergehen soll und im Stadtteil weitergehen soll und welche Rolle Flora darin spielt."



Warum kommst Du in die Flora, bzw was gefällt Dir?

"Weil ich ein paar Sachen in der Flora mache. Ich mach` bei der Veranstaltungsgruppe mit und `n paar andere Sachen, spontan. Mir macht Spaß, daß ich hier einfach ein paar Sachen zusammen machen kann, wo ich Bock drauf habe. Ja und das hier keiner kommt und mir was vorschreibt."
"Weil ich soviel Lust zum Arbeiten habe."
"Ich finde es gut, daß man hier was machen kann ohne viel Geld. Und daß es hier kein staatliches Geld gibt; das macht abhängig, wie beim Haus für Alle, die haben ja auch mal mit solchen Ansprüchen angefangen und mittlerweile ist es nur noch ein Haus für Sozialarbeiter."



Hast Du was zur Vertragssituation, bzw. Räumungsgefahr zu sagen?

"Einen Vertrag müssen wir einfach haben. Weil wir nicht in `ner Situation leben, wo wir uns was anderes leisten können. Wir müssen von der Stellung ausgehen, daß wir `ne Minderheit sind und auch Kompromisse eingehen. Wir haben keine Situation, wo wir sagen können, leckt uns ..."

"Ich glaube, die Herrschenden haben keinen Bock auf das, was hier passiert, daß Leute selbstständig versuchen, Perspektiven zu entwickeln, sich zusammentun, eigene Formen von Widerstand entwickeln, Formen von Zusammenleben: da haben sie keinen Bock drauf. Also ist Flora schon deswegen an sich ein Dorn im Auge, egal, ob es nun nächste Woche passiert oder vielleicht in 3 Monaten mit der Randbebauung als Vorwand."
"Kein Vertrag! Sollten sie jemals ein Angebot machen, kann der Bestandteil eines Vertrages nur sein, eine Übereignung in die Hände des Flora-Vereins und Kohle für die Instandsetzung. Mehr nicht!"



Was findest Du zur Zeit am wichtigsten zu ändern?

"Die Umgangsformen."

"Es ist notwendig, an der Frage langfristig, wie soll es weiter gehen, Finanzierung, Nicht-Finanzierung, mit staatlichen Geldern, ohne staatliche Gelder, da irgendwann zum Punkt zu kommen. Und dann zu sehen, ob es mit eigenen Mitteln geht oder nicht. Ja, und das ganze müßte auch ständig mit Öffentlichkeitsarbeit verbunden sein."

"Daß es hier weiter läuft, besser läuft, daß der Hof begrünt wird und daß man ihn so läßt und nicht Häuser hinbaut. Daß man hier im Viertel mal einen Platz hat, wo man relaxen und entspannen kann."

"Ich wünsch` mir, daß wir besser miteinander umgehen, gemeinsam etwas angehen und daß wir so viele Leute wie möglich aus dem Stadtteil mit einbeziehen."

"Das ist `ne Lebensaufgabe, das in einem Satz zu formulieren!!! Jedenfalls kann es so nicht weitergehen."

Ein Fazit aus diesen ganzen Antworten wollen wir hier nicht ziehen, vielmehr alle Leute, die mit Flora irgendetwas am Hut haben, dazu auffordern, diese Fragen auch zu beantworten (steckt die Antworten in den Florabriefkasten oder schreibt uns (`Rote Flora'-Schulterblatt 71, 2000 HH 36, Stichwort Floraträume).

FLORA ! ! NEWS

A

"Angesichts immer größer werdener inhaltlicher und praktischer Probleme in und um das Projekt Rote Flora, wurde zu einer Perspektivdiskussion für Flora-AktivistInnen geladen, die am 8.März in der Flora stattfand.
Das Ziel war es, nach fast zwei Monaten Sendepause, wieder in eine kontroverse Auseinandersetzung um und über den "Koloß" Rote Flora zu kommen. Wir wollten uns über Perspektiven, Ideen, Gedanken und Vorstellungen, die mit diesem Gebäude verbunden sind unterhalten, um aus der, nach unserer Meinung vorhandenen Stagnation, herauszufinden und wieder politisch handlungsfähig zu werden. Um dies zu erreichen, begannen wir die Kritik, die wir am Flora Alltag haben, zu artikulieren.
(Was folgt ist eine Zusammenfassung aus dem Protokoll dieser Diskussion.) Übrigens wird diesem ersten Treffen ein weiteres folgen. Ihr LeserInnen werdet auch darüber weiter auf dem Laufenden gehalten.

B

Perspektiven in/mit der Roten Flora

Die Motivation für ein erstes Treffen mit dieser Fragestellung lag für uns in der momentan fehlenden inhaltlichen Perspektive. Die Vertrags-/Betriebskostendiskussion wurde im Januar, (siehe Flora Zeitung 2), ohne daß sie abgeschlossen war, zu den Akten gelegt. Den damals kontrovers, aber sehr fruchtbar geführten Diskussionen folgten fast 2,5 Monate Schweigen. Die Diskussionen innerhalb der Flora waren konfus und drehten sich in erster Linie nur noch um Organisationskram.
(Beispiele hierfür waren und sind das Planen der Nachtwachen, das

Organisieren von Schutz gegen mögliche Faschoüberfälle,...)
Ein weiterer Kritikpunkt war, daß die Flora nur noch über Einzelpersonen funktioniert. Die Perspektive kann aber nur im gemeinsamen Handeln liegen. Flora ist kein Privatding, sondern ein öffentliches Projekt, daß auf alle Menschen die es wollen, angewiesen ist.



Es ist auch schädlich, wenn Leute die Flora zum Mittelpunkt ihres Lebens machen, weil hierdurch der Blick für die Umwelt verloren geht.
Was uns gerade auf die Füße fällt :
Die Umgangsformen zwischen den Menschen in der Flora sind beknackt, geprägt von mackerigem Gesprächsverhalten , hartem unsolidarischem Umgang und Hierarchien. Deshalb sind wohl auch schon viele Leute weggeblieben, ohne daß diese Problematik jemals ausdiskutiert wurde.
Wir müssen feststellen, daß wir dazu erzogen wurden, gegeneinander zu arbeiten, auch wir sind Kinder dieser Gesellschaft.
Um unsere Gemeinsamkeiten zu finden müssen wir die Fähigkeit entwickeln, uns immer wieder in Frage stellen zu lassen.

D

Praktische Ansätze:

Der Florawiderstand war mal Widerstand gegen das Phantom der Oper. Also, wie geht`s hier weiter mit praktischer Arbeit, wenn wir das oben genannte, als eine unserer politischen Grundlagen begreifen? Es geht nicht nur darum, wie Flora funktioniert, sondern, wie wir mit der Flora in den politischen Alltag hier in Hamburg eingreifen können.
Wie kann Flora bestimmte Aufgaben, wie Antifaschistische Arbeit, Kampf gegen die Umstrukturierung, usw. im Viertel übernehmen und das über das aktuelle Tagesgeschehen hinaus ?

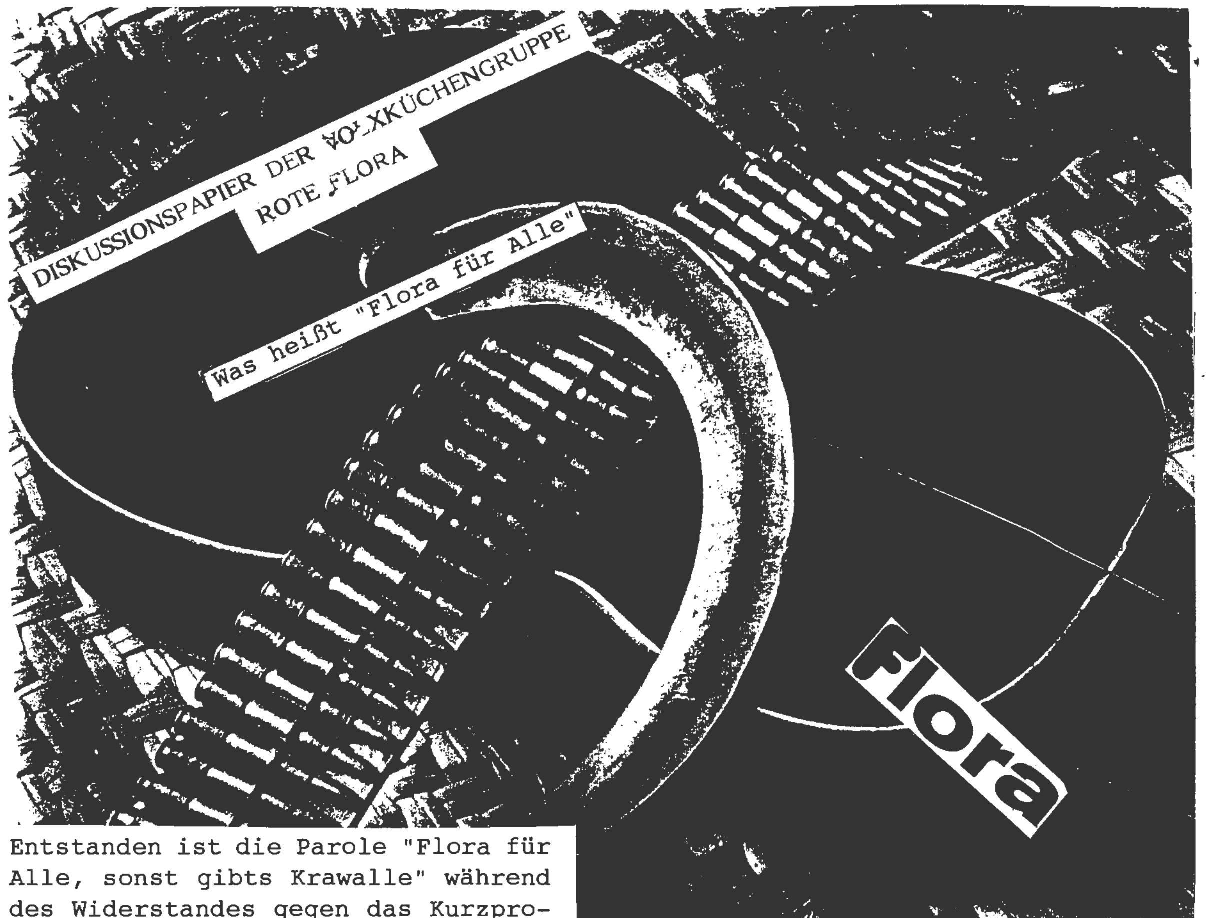
Die Stellung, die Funktion von Flora nach außen sollte nicht auf Konsumbefriedigung ausgerichtet sein. Flora ist anders als die Werkstatt 3, nämlich ein politisches Projekt, das Ausdruck ist für "linksradikale" Politik.

Also so long, bis zum nächsten Mal.

E

Wie wir in letzter Minute erfahren haben, hat der Senat gestern die Randbebauung des Floragelände mit 80 Sozialwohnungen, sowie einer Tiefgarage mit 64 Stellplätzen beschlossen. Bauträger ist die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft(GWG). Aber Senatsbeschlüsse haben sich schon oft als nicht so bindend für das Floragelände erwiesen...





Entstanden ist die Parole "Flora für Alle, sonst gibts Krawalle" während des Widerstandes gegen das Kurzprojekt im Schanzenviertel:
Die Speerspitze der Umstrukturierung des Viertels in einen Stadtteil für eine neue Mittelschicht: Hochqualifizierte Fachkräfte für informationsverarbeitende High-Tech-Firmen, finanzkräftiges "Humankapital", das in teuren Wohnungen, Läden und Restaurants seine "Bedürfnisse" befriedigen soll. Diese Umstrukturierung grenzt all die Menschen aus, die dabei nicht mithalten können oder wollen: Arme, alt und jung, ausländische wie deutsche, Arbeitslose, ArbeiterInnen, Auszubildene, StudentInnen, SozialhilfempfängerInnen, JobberInnen, Menschen mit kleinen Renten. Das bedeutet, daß die meisten die heute hier im Viertel leben vertrieben werden sollen.
Flora für all die Menschen, die bei der kapitalistischen Umstrukturierung nicht mithalten können oder wollen, war und ist Inhalt dieser Parole, den Widerstand in den Vierteln zu organisieren ihr Ziel.
Eins von mehreren Mitteln kann ein Stadtteilzentrum Rote Flora sein, als Möglichkeit um mit vielen Menschen zusammenzukommen. Flora für Alle heißt also, für alle Menschen, die mit dem was wir hier gemacht haben und noch tun, etwas anfangen können, als Ansatz um uns mit diesen Menschen über unsere Inhalte und Vorstellungen auseinanderzusetzen.
Das heißt zum Beispiel sich Raum zu erkämpfen für eine Kultur von unten:

- Eine Kultur, die nicht als Ware vermarktet wird
- Eine Kultur, die von uns und für uns gemacht wird
- Eine Kultur, die immer Ausdruck unserer Lebenssituation ist
- Eine Kultur, die wir nicht kontrollieren und zensieren lassen.

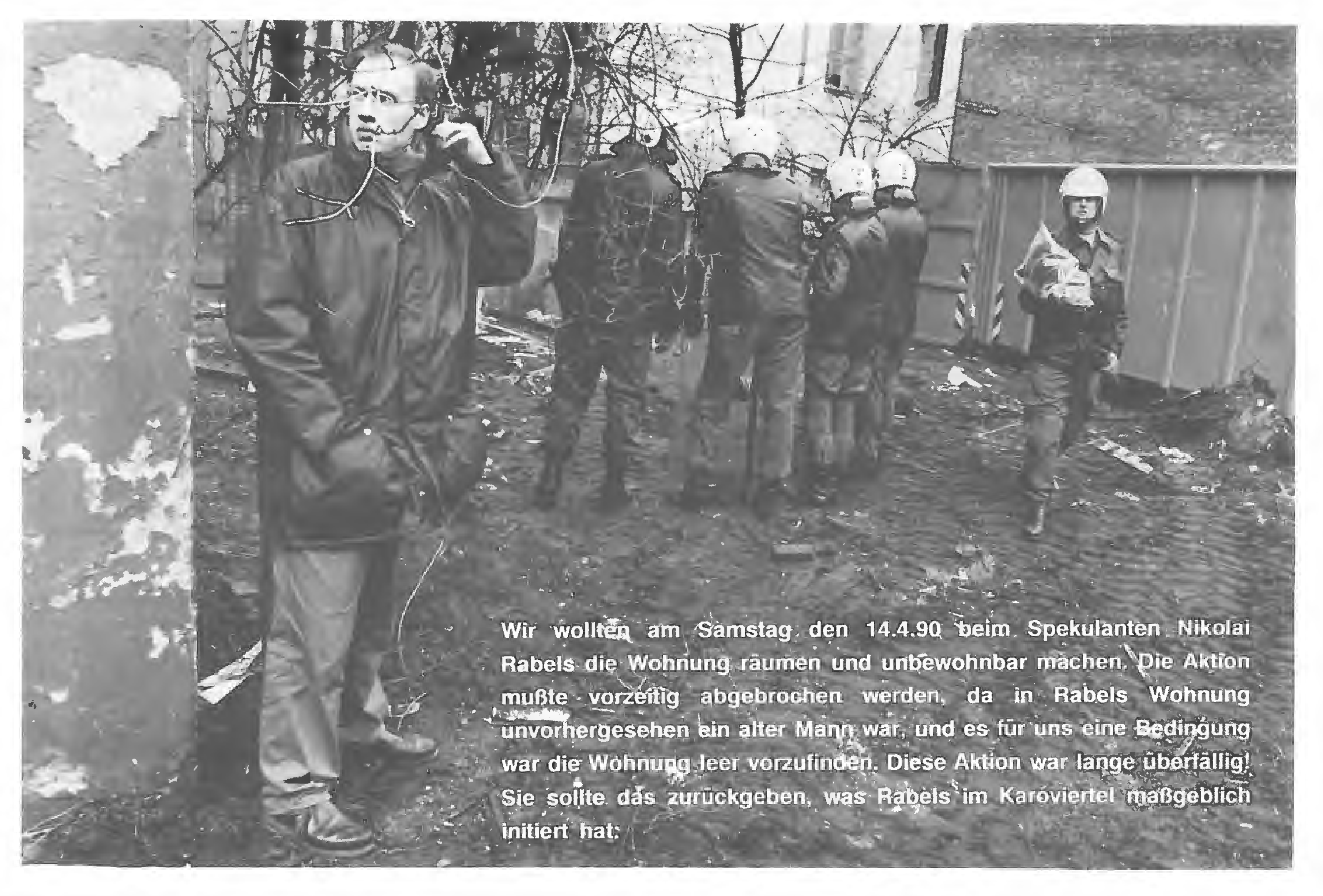
Diese Kultur beinhaltet auch unsere politische Organisierung, damit wir in der Lage sind, bei Konflikten und Widersprüchen, die es im Stadtteil gibt, Stellung zu beziehen und uns verhalten zu können. Diese Widersprüche sind die zwischen der Kultur von oben und der von unten, zwischen MieterInnen und VermieterInnen, zwischen der Würde von Frauen und frauenfeindlichem Verhalten, zwischen Rassisten und von ihnen Verfolgten, zwischen Drogengebrauch und selbstbestimmtem Leben, also zwischen den Verwertungsinteressen des Kapitalismus und den Lebensinteressen der meisten Menschen.

Wie wollen uns die Unterdrückung unserer Lebensinteressen bewußt machen und versuchen, uns mit vielen anderen dagegen durchzusetzen.
Wir wollen Menschen unterstützen, die ihre Interessen gemeinsam organisieren, wie das am 20.4.1989 viele deutsche und ausländische Menschen gegen den faschistischen Terror getan haben.
Die Unterdrückung, von der wir sprechen, erklärt sich aus den Interessen des Kapitals: Verkaufen, verwerten, ausnutzen, ausbeuten, Kapital und Macht anhäufen auf Kosten der meisten Menschen auf diesem Planeten.
Die Unterdrückung hat viele Erscheinungsformen aber eine einheitliche Herkunft. Deswegen richtet sich die Unterdrückung auch nie gegen einzelne Menschen oder Gruppen, auch wenn das manchmal so scheint, sondern ihrer Herkunft nach gegen uns alle.
Ein Werkzeug der kapitalistischen Unterdrückung ist der Bürgerliche Staat: Das Spektrum reicht von der offenen Repression des Bullen, bis zur repressiven Toleranz des Sozialarbeiters (2 Schweine, ein Gedanke: Grunz.). Um im Bewußtsein der einheitlichen Herkunft der Unterdrükkung unsere Interessen gemeinsam mit anderen Menschen durchsetzen zu können, ist es nicht notwendig in allen Detailfragen übereinzustimmen. Notwendig ist eine solidarische, sich nicht distanzierende Auseinandersetzung über unsere Lebensbedingungen, Bedürfnisse, Wünsche und Ziele.
Für diese Auseinandersetzung ist ein lebendiges Bewußtsein unserer Geschichte und Identität wichtig, mit der Perspektive eines Handelns mit anderen Menschen zusammen und nicht für sie. Und diese Menschen sind nicht abstrakt, "die Normalbürger", der "Bürger von nebenan" oder gar die mathematische Summe aller BewohnerInnen des Schanzenviertels, sondern konkrete Leute, die bereit sind die Widersprüche zu erkennen, die an ihrer Situation etwas ändern wollen und die sich (hoffentlich) darum von uns angezogen fühlen. Das heißt aber nicht, daß wir unsere Inhalte danach richten, wieviele und wen wir anziehen wollen.

Wir müssen für die Menschen offen sein und auf sie zugehen, aber ihre eigenen Schritte können wir ihnen nicht abnehmen.
Um frei zu sein von Abhängigkeit müssen wir uns selber bewegen: "Es gibt nichts Gutes, außer wir tun es" (frei nach Brecht, Kästner, Horaz, Goethe). Ein Schritt, den wir gemacht haben, ist die Besetzung der Flora:
Gegen die Eigentumsinteressen des Kapitalismus und gegen die Rechtsvorstellungen des bürgerlichen Staates (1). Mit diesem Schritt haben wir die Grundlage geschaffen für weitere Schritte in diesem Sinne.
Hoch die internationale Solidarität

zu (1): Mit der Forderung nach Einstellung aller Flora-Prozesse haben wir schon gezeigt, was wir über die bürgerliche Ideologie der Gewaltenteilung in ausführende und richterliche Gewalt denken: Es gibt sie faktisch nicht, die Forderung ist der politische Ausdruck davon.





Wir wollten am Samstag den 14.4.90 beim Spekulanten Nikolai Rabels die Wohnung räumen und unbewohnbar machen. Die Aktion mußte vorzeitig abgebrochen werden, da in Rabels Wohnung unvorhergesehen ein alter Mann war, und es für uns eine Bedingung war die Wohnung leer vorzufinden. Diese Aktion war lange überfällig! Sie sollte das zurückgeben, was Rabels im Karoviertel maßgeblich initiert hat:

Die Räumung der LAMA, die Zerstörung der Wohnungen dort, die Zerschlagung eines gewachsenen Lebensraumes für Menschen, die sich dort gemeinsam gewehrt haben. Nikolai Rabels, 28 Jahre alt, der am Wochenende zur Jagd geht (mit 17 J. soll er auch schon mal bei einer benachbarten WG mit dem Luftgewehr die Scheiben eingeschossen haben), der sich abends - ganz der Yuppi - in schikken Kneipen herumtreibt und ansonsten rund um die Uhr fanatisch mit der Räumung "seines" Hauses (Rabels: meine Altersversicherung) bzw. mit Prozessen gegen die BewohnerInnen beschäftigt ist, Rabels sollte seine Wohnung nie wieder so bewohnen können wie vorher.
Rabels ist einer der bekanntesten Vertreter der Yuppiegesellschaft in der Stadt - genauso, wie er stellvertretend für alle Spekulanten neue Maßstäbe beim "Umgang mit Mietern" setzt. Und dennoch: Rabels für sich, als Einzelperson gesehen ist und bleibt ein kleines Würstchen, das dadurch zum Monster werden konnte, daß die eigentlich Mächtigen ihn decken und an seinem Erfolg interessiert sind. Und damit ist er schon aufgewachsen, denn Rabels Papa war leitender Staatsrat der Innenbehörde. Über die dadurch bestehenden Connections der Familie in die Behörden Hamburgs hinaus kann er sich auf die Standortpolitiker der SPD-/FDP sowie auf die Lobby der Haus- und Grundstückbesitzer verlassen.
Der Hamburger Senat verfolgt grundsätzlich die Beendigung und Räumung aller politischen Wohn- und Häusergruppen. Da war es für ihn ein wichtiger Schritt, Räumungen von Menschen, die dort Jahre gelebt haben, möglich zu machen, sowas überhaupt nach den Teilräumungen in der Hafenstraße 86 wieder als gesellschaftliche Realität einzuführen, nachdem es damals ja nicht so lief, wie sie es wollten. Daß die Hafenstraße jetzt wieder ganz oben auf ihrem Räumungszettel steht, ist kein Geheimnis. Es geht ihnen aber auch darum, die sich in der letzten Zeit entwickelnde Häuserbewegung, die sich in den vielen Besetzungen und dem Entstehen neuer Häusergruppen ausdrückt, zu zerschlagen. Dazu kommt, daß die Durchsanierung des Karoviertels läuft und es dafür - aus ihrer Sicht - nicht dienlich ist, daß sich der Widerstand der LAMAbewohnerInnen gegen ihre Vertreibung aus dem Viertel durchsetzt und dadurch andere ermutigt werden, sich nicht mehr alles gefallen zu lassen, sich zu organisieren.
Angesichts der sich drastisch verschärfenden Wohnungsprobleme der ärmeren Bevölkerungsgruppen in der Stadt hat der Senat auch berechtigte Angst vor einer dann unkontrollierbaren MieterInnenrevolte, wenn wir einmal unsere Angst verlieren und der gemeinsame Widerstand erfolgsversprechend wird. Damit das nicht passiert, werden uns die Konsequenzen exemplarisch und abschreckend vor Augen geführt. Die 1000 Polizisten samt Bürgerkriegsmaschinerie stellten bei der Räumung der LAMA klar, wer hier die Macht hat. Der SPD kommt es dabei nicht ungelegen, einen Buhmann wie Rabels zu haben und sich selbst auf den Standpunkt der Amtshilfe zum "Schutz des Eigentums" zurückzuziehen. Ohne in der vordersten Reihe stehen zu müssen, läuft ihr Plan auch so ("na prima") - jedenfalls solange wir ihn nicht durchkreuzen. Die Sozialdemokraten sind auch sonst verantwortlich für die Zerschlagung kollektiver Strukturen und das weit über Hamburg und die BRD hinaus. So geben sie aktuell in Spanien nicht der Forderung der politischen Gefangenen nach einer Wiederzusammenlegung nach. Die Isolationshaftbedingungen wurden von der SPD maßgeblich mitentwickelt, bis heute mit getragen und z.B. nach Spanien exportiert. Dazu kommt, daß die SPD/FDP - Stadtregierung ein verläßlicher Partner des Kapitals hier ist. Sie setzen die Interessen der Wirtschaftsgiganten und eben auch das der Spekulanten in ihre konkrete kommunale Politik um.
Für die großen Kapitalgruppen gewinnt Hamburg zusehends an Bedeutung: Als Drehscheibe für den Handel bzw. die Ausplünderung von Skandinavien, Osteuropa und den unterentwikkelt gehaltenen Ländern des Südens. Aber auch als Medien - und Kulturmetropole (Auf zu den Phantom - Aktionstagen!!!). Sie sind in der letztenZeit ihrem Ziel von einer Vormachtstellung Großdeutschlands in

einem nach ihren Interessen funktionierenden europäischen Wirtschaftsblock große Schritte nähergekommen. Das Prinzipien wie die Verwertbarkeit der Menschen und "heilige Kühe" wie das "Recht" des Eigentümers auch in Hamburg zu gelten haben, - dafür sorgen sie. Namenhafte Wirtschaftsvertreter drohen beispielsweise dem Hamburger Senat mit Investitionsboykott, falls die Hafenstraße nicht zügig geräumt wird. Überhaupt soll alles begradigt werden, was ihrem Projekt im Wege steht, und dazu gehören auch Häuser wie die LAMA, wie überhaupt die gesellschaftliche Realität im Karoviertel, Schanzenviertel und St. Pauli. Schließlich soll die westliche Innenstadt Yuppiewohngegend werden und ärmere Bevölkerungssichten an den Stadtrand vertrieben werden. Alles schön sauber, teuer und konsumorientiert Organisationsansätze des ärmeren Bevölkerungsdrittels gehören dann genauso zerschlagen wie die Fundamentalopposition. Wir sehen die Aktion als Beitrag gegen ihre Repression und Macht, von uns aus in die Offensive zu kommen. Selbstbestimmtes Handeln und ein Organisationsprozeß unter uns, statt aufdie nächste Räumung zu warten. Für uns ist auch der konkrete Konflikt um die LAMA noch nicht gegessen. Uns geht es darum, die Häuser wieder zu erkämpfen und dafür brauchen wir ein Kräfteverhältnis, das die Herrschenden und Rabels zum Einlenken zwingt. Dazu gehört auch, daß wir nicht in der Opferrolle verharren, sondern sie auf der gleichen existentiellen Ebene - eben die Wohnung - auch angreifen. Kein Verantwortlicher soll bei uns in den Vierteln Räumungen veranlassen können und sich dort die nötige Entspannung für die nächste Schweinerei zu gönnen. Unser Widerstand kann nur dann Erfolg haben, wenn eine breite Mobilisierung und offensive Aktionen politisch zusammenwirken. Die Entwicklung und das Ergebnis des LAMA - Konflikts wird eine allgemeine politische Tendenz in der Stadt mitprägen. Schaffen wir es nicht, das nochmal zu drehen, dann wird ihre Walze ermutigt, weiterzurollen. Gelingt es uns aaber, die Häuser wiederzukriegen, dann gibt das jeder/m MieterIn, jeder Häusergruppe, überhaupt allen, die auf unserer Seite stehen, Mut & Kraft und ein Stückchen Perspektive. Dann fällt es den Räumungsstrategen auch sicher schwerer, so weiter zu machen und einem Spekulanten werden seine Grenzen aufgezeigt.

Es ist alles offen, es liegt an uns!!

LAMA zurück !!

Widerstand heißt Angriff !!

Keine Räumung der Hafenstraße noch sonst irgendwo, es sei denn bei Spekulanten und Politikern !!

Wiederzusammenlegung der politischen Gefangenen in Spanien sofort !!!!

Schluß mit Isolationshaft und Mord!!!

Gruß von dieser Seite an die gefangenen GenossInnen und besonders an Ute, Aufhebung des Haftbefehls von Ute Hladki !!!

Zusammenlegung sofort !!!

P.S.

Diese Aktion richtete sich ausschließlich gegen Rabels. Wir haben dafür gesorgt, daß eine Gefährdung Außenstehender soweit wie möglich ausgeschlossen wird. Trotzdem mußten wir zur eigenen Sicherheit im Vorfelde die Telefonleitungen der AnwohnerInnen kappen und auf dem Rückweg die Wohnung eines unbeteiligten Bewohners durchqueren. SORRY !

Phantomenale Aktionstage vom 23. Juni bis 30. Juni 1990 in Hamburg

Gegen Kultur-, Bevölkerungs-, Standort- und Repressionspolitik am Beispiel Hamburgs

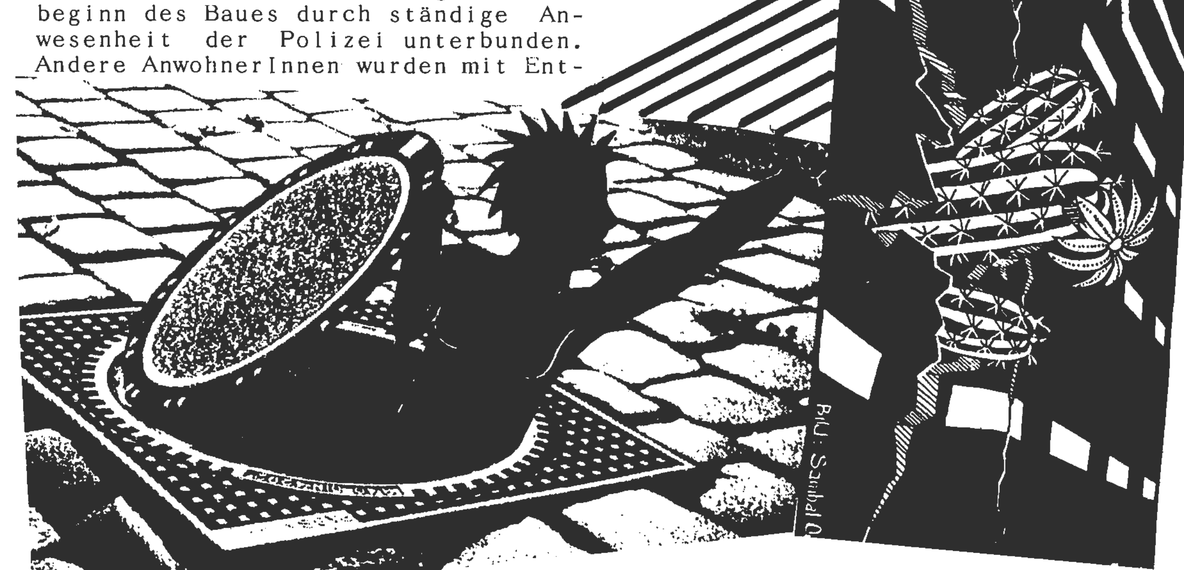
Seit einigen Wochen scheint es nur noch ein Thema zu geben. Die Wiedervereiterung. Für die Menschen in der Tätärä sicher von großer Bedeutung, aber auch sie werden bald merken, was Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe empfangen und am Rande des Existenzminimums leben, bedeutet. Viele Menschen hier in St. Pauli können ein Lied davon singen und deshalb beschäftigen sie sich auch mit ganz anderen Themen als Großdeutschland.

Die Pfeffersäcke in Politik und Wirtschaft sind nämlich kräftig dabei, die westliche Innenstadt (WIS)- dazu zählen Karolinenviertel, Schanzenviertel, St. Pauli und Altona-Altstadt- umzustrukturieren. Das passiert auf verschiedenste Art, durch Sanierung (Abriß,Neubau oder Modernisierung), oder auch durch sogenannte Wohnumfeldverbesserung. Steigende Mieten sind die Folge, viele BewohneInnen müssen in die Wohnsilos der Randbezirke ziehen. Die Entwicklung wird durch die Grenzöffung zur DDR und den Siegesmarsch des Kapitalismus gen Osten noch beschleunigt. Hamburg nämlich, wird nach einer Umfrage des " Manager Magasins" bei 11000 Unternehmern zu Europas Aufsteiger-Metropole der 90ziger Jahre. Viele neue Firmen werden sich ansiedeln und mit ihnen ommen die Manager und Yuppies, Büros und Wohnraum werden reichlich gesucht. Für Miethaie und Spekulanten brechen paradiesische Zeiten an, für uns wohl weniger.

ls ein wichtiger Punkt für die Attraktivität von Metropolen wurden in der Umfrage die Freizeit- und Kultuangebote genannt und da liegt Hamburg ganz vorne. Ein weiterer Meilenstein hin zur " Weltstadt mit Niveau" ist die Fertigstellung des Kurz-Kultur-Palastes im Juni an der Holstenstraße. Dort soll dann jahrelang das Musical "Phantom der Oper" gespielt werden. Für uns PaulianerInnen wird der Besuch allerdings bei Eintrittspreisen zwischen 85.- und 160.- Dm doch eher unwahrscheinlich, da können wir doch fast ein ganzes Jahr zu den Heimspielen vom FC ST. Pauli für gehen.

Ursprünglich sollte der Kultur-Bunker ja noch 800 Meter weiter Richtung Schanzenviertel, am Schulterblatt, errichtet werden. Massiver Protest und Widerstand der AnwohnerInnen hat dies ja bekanntlich zum Glück verhindert, die Auswirkungen werden aber mit Sicherheit kaum anders für die umliegenden Stadtteile sein. Der jetztige Standort ist sicherlich geschickter gewählt. Aufkommender Protest auch an der Holstenstraße wurde allerdings vom Anbeginn des Baues durch ständige Anwesenheit der Polizei unterbunden. Andere AnwohnerInnen wurden mit Entschädigungen in saftiger Höhe ruhig gestellt. Mit Tag- und Nachtarbeit wurde der Betonklotz dann in unglaublicher Schnelle hochgezogen, was den anfänglichen Widerstand dann endgültig runtergezogen hat. Das heißt aber nicht, daß sich alle Menschen mit diesem Beispiel für Hamburg Kultur- Bevölkerungs-Standort- und Repressionspolitik abgefunden haben! Wir wehren uns gegen die Umstrukturierung der westlichen Innenstadt, in der wir weiter leben wollen und nicht den Managern und Yuppies Platz machen wollen, die aus den Metropole Hamburg wie aus anderen Metropolen die Ausbeutung der sogenannten " Dritten Welt" organisieren.

Wir haben uns deshalb entschlossen, den Größen aus Politik und Wirtschaft zumindest die Premierenfeier(1.000,- Eintritt) am 29.6 zu



vermiesen. Außer dieser Premierenfeier gibt es aber in Hamburg weitere Ereignisse, die unseren Protest herausfordern. So findet vom 24.6 bis 29.6 der Kongreß der Internationale Handelskammer erstmalig seit 1937 ! wieder auf deutschem Boden (Betonung der Veranstalter selbst) statt.
Ca. 1000 Kapitalisten werden in Hamburg erwartet, sowie 500 Begleitpersonen. Gemeint sind ihre Frauen, denn die Teilnehmer sind fast nur Männer. Und auch die Bewacher dieser Herren werden natürlich wieder zahlreich vertreten sein. Die Rednerliste liest sich wie das " who is who" aus Politik und Wirtschaft. Weizäkker, Kohl, EG-Präsident Delors, Kissinger, Schmidt, Agnelli, IWF-Präsident Camdessus, UN-Generalsekretär Perez de Cuellar und viele mehr haben sich angesagt.
Der Kongreß steht unter dem Motto:" Weltwirtschaft 2ooo: Die Herausforderung der wirtschaftlichen Integration in den vor uns liegenden Jahren". In Arbeitsgruppen wird sich der Kongreß u.a. mit Wirtschaftsbeziehungen mit den RGW-Staaten und China, EG- Binnenmarkt 92, Umweltsch(m)utz, Medienpolitik, Informationstechnologien, offene Märkte für Kapitalisten in aller Welt, Einbindung von Trikontländern in den Weltmarkt, Frauen in der Wirtschaft, beschäftigen. Abgerundet wird das Ganze durch weitere Rahmenveranstalungen, ein Kulturprogramm(z.B.Musikhalle), diverse Reden und Empfänge und ein " Damenprogramm"
Gerade jetzt wird der Kongreß sicherlich eine absolute Propagandaveranstaltung. Die veränderte Situation im Ostblock(insbesondere in der DDR) und seine Integration in den kapitalistischen Weltmarkt wird bestimmt zentrales Kongreßthema. Aber auch andere Themen sprechen für Aktivitäten von uns gegen den Kongreß: EG-Binnenmarkt 92 (Schwerpunktthema der Handelskammer Hamburg), die Arbeitskraftverwertung insbesondere von Frauen und die weitere Planung der Ausbeutung des Trikonts.

Und noch ein Aspekt ist wichtig: Die Handelskammern, auch die Handelskammer Hamburg, arbeiten zu allen Bereichen von Wirtschaft und Politik. Das geht von Stadtteilpolitik(Lobbyarbeit für das "Phantom") und auch die Forderung nach Räumung der Hafenstraße bis zur Globalpolitik. Die Bildzeitung kündigte schon jetzt 5000 Polizisten zum Schutz der Prominenz an, wenn die Bonzen erfahren, daß wir auch was vorhaben, werden sicherlich noch ein paar tausend dazukommen.
Am 2.7. wird der Hafenstraßen-Prozeß fortgesetzt. Voscherau hat mal angekündigt, daß er mit dem Thema Hafenstraße nicht mehr in den Bundestagswahlkampf im Herbst`90 ziehen will. Auf juristischem Weg scheint es nicht zu klappen,wir müssen also aufpassen, daß den zwischen dem 23.6 und 30.6 anwesenden Ordnungskräften nicht ein Vorwand geliefert wird (den sie evtl. selbst inszenieren),um die Hafenstraße zu räumen.

Auch wir haben uns entschlossen, möglichst viele Menschen nach Hamburg zu mobilisieren für die Aktionstage. Gleichzeitig würde sich die Möglichkeit bieten, über zukünftige Politik und Widerstandsformen unter den sich verändernden Bedingungen zu diskutieren

Zu den Aktionstagen:
Wir werden zeigen, wie einfallsreich ir sein können; das Ganze soll gut und bockvoll abgehen, ohne dabei den ernsten Hintergrund zu vergessen. Alles ist erlaubt, es gibt keine Ausgrenzung der Aktionsform! Alle, die sich in dieser Wiedervereinigungszeit zum Kotzen fühlen, sollen das zeigen und sind eingeladen

Das (vorläufige) "Programm":
23.6. An diesem Tag wollen (vo allem auch) Mieterinitiativen eine große MieterInnen-Demo machen.
- Eine Veranstaltung zum Thema Umstrukturierung in den Metropolen, Termin noch unbekannt, dazu empfehlen wir das gerade erschienene Papier"in den Metropolen", erhältlich im Buchhandel
29.6 Premierenabend des Phantom der Oper. Wir begrüßen die Gäste.
- die ganze Zeit über soll es ein Camp im Sternschanzenpark geben(hauptsächlich auch für Leute von außerhalb)
30.6 Nachbereitung der Woche und ein großes Fest an/im/um Flora und Gelände.

Seit einigen Wochen gibt es ein 14-tägiges Plenum zu den Aktionstagen.



Nächste Termine: 2./16./30.Mai und im Juni jeden Mittwoch um 19 Uhr.

Kontakt: (ab Mai auch mit Büro)
Phantomale Aktionstag
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
2000 Hamburg 50

DROGENINFO

Wir wollen in größerem Umfang eine Annäherung an das Thema Drogen, d.h. in diesem Fall illegale Drogen versuchen.

Dazu sollen alle Aspekte mit einbezogen werden, die zur illegalen Drogensucht dazugehören, wie z.B. Obdachlosigkeit, Auflösung sozialer Kontakte, Kriminalität, Knast, AIDS, Prostitution u.s.w..
Darüberhinaus wollen wir wichtige Anlaufstellen im Drogenbereich vorstellen, wie Beratungsstellen und Übernachtungsmöglichkeiten, Entzugs- und Therapiemöglichkeiten, sowie unterschiedliche Ansätze (Substitution, Langzeittherapie) die Sucht in den Griff zu bekommen.
In dieser Ausgabe wird ein kurzer Anfang gemacht. Da das Thema recht umfangreich ist wird es sich in den nächsten Ausgaben mehr ausbreiten. Auch wenn wir gewisse Kontakte in diesem Bereich besitzen, sind wir doch daran interessiert aus der LeserInnnenschaft, sei es Einrichtungen oder privat,Erfahrungen oder Berichte zu erhalten.



DROB INN

Bei circa 7000 Junkies in Hamburg, bei mehr und immer beserem und billigerem Heroin, sowie vielen, immer jüngeren NeueinsteigerInnen, gibt es viele Betroffene, sei es in der Familie, bei Freunden oder die Junkies selbst. Diese Erfahrungen öffentlicher zu machen ermöglicht erst einen repressionsfreieren Umgang mit der Heroinsucht.
Wer sieht, wie sich das Klima rund um die Paul-Roosen Straße verändert hat, wo Heroin wie Kaugummi angeboten wird, wo verbale Attacken und ein Messer vor dem Bauch keine Seltenheit sind, der weiß, daß sich das Problem nicht auf die Junkies und Angehörigen beschränkt, sondern gleich das Klima eines Stadtteils beeinflußen kann.

Buchtip

Als Einstieg ins Thema sehr geeignet ist das Buch "H - wie Heroin - Betroffene erzählen ihr Leben", welches im Rasch und Röhrig Verlag erschienen ist.
In dem Buch wird aus der Sicht der von der Heroinsucht Betroffenen, Junkies und Familienangehörige, der Weg in und das Leben mit der Sucht beschrieben.
Einfühlsam haben die beiden AutorInnen, Mariaenne Wolny-Follath und Josh v. Soer, die Betroffenen dazu gebracht, recht offen und ohne großes Selbstmitleid ihren Lebensweg mit allen Problemen zu beschreiben. Alle Aspekte, die oben aufgezählt wurden, finden sich in den Lebensgeschichten wieder. Die Lebensgeschichten sind in ihrer Entwicklung zur Drogenkarriere auch nicht viel anders, als die Sozialisation hinter deutschen Gardinen sonst abläuft. Gewöhnlich wird halt gesoffen. Oftmals ist es nur das Problem in einer schlechten Phase, zur falschen Zeit am falschen Ort den "richtigen" Dealer getroffen zu haben.



H wie Heroin

Betroffene erzählen ihr Leben

Es ist eine harte und brutale Welt, die Einsamkeit, wie mensch erfährt das er/sie HIV-Positiv ist, wie der Junkie aufgrund seiner Sucht, bar jeden sozialen Verhaltens zum Schwein wird, nur noch den nächsten Schuß vor Augen.
Ein steter Abstieg, ständig den Tod von Freunden aus der Junkie-Szene vor Augen. So gut wie niemand kommt da ohne Anstoß und Hilfe von außen wieder heraus. Genausowenig nützt der Versuch der Ablösung aus der Szene etwas, wenn der Junkie selbst nicht motiviert ist. Die Wahl Knast oder Therapie ist dadurch selten von Erfolg gekrönt.
So sind die Lebenswege oft von diversen Entzügen, gescheiterten Therapien und Rückfällen gekennzeichnet.
Doch die AutorInnen meinen auch nicht, wie bei anderen oft üblich, den Soperweg gefunen zu haben, sondern plädieren dafür, alle Wege um von der Droge wegzukommen zu ermöglichen. Auch die staatliche Abgabe von Heroin gehört dazu.
Was für den einen Junkie gut ist, muß dem anderen noch lange nicht helfen.
Stattdessen ist in Hamburg eine krasse Unterversorgung in allen Bereichen zu konstatieren. Sei es beim Entzug in Ochsenzoll (4-6 Wochen Wartezeit), bei den Therapieplätzen (in Hamburg selbst gibt es kaum welche), bei der Beschaffung von Wohnraum für obdachlose Junkies (16 Plätze oder wertlose Pensionsscheine)(P.S.: Nach dem SOG wäre die Stadt eigentlich verpflichtet Wohnraum zu stellen, aber das SOG wird eher bei Leuten in Anwendung gebracht, die ein Dach über dem Kopf haben, Siehe Hafen) oder bei der psycho-sozialen Nachbetreuung. So wird jeder 50. Hamburger Junkie es dies Jahr nicht mehr erleben, daß sich an diesem Flickwerk etwas ändert, weil er/sie tot ist, umgekommen zwischen Hamburger Krämerseelen in Krankenkassen, Ärztekammer und Behörden. Hamburg ist in keiner Weise auf das Anschwellen der Drogenwelle vorbereitet.

EINRICHTUNGEN

Die Übernachtungsstätten Alexanderstraße 16 und Kirchenallee 25

Die beiden Übernachtungsstätten in St.Georg bieten 16 reguläre Schlafplätze und einige Notbetten für obdachlose Junkies. Bei der Gesamtzahl der Junkies und dem Verdrängungsprozeß, dem Junkies bei der Hotel- und Pensionsunterbringung augesetzt sind, natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb besteht auch eine ziemliche Warteliste, mit der bequem 4-5 weiterer Einrichtungen der gleichen Größenordnung gefüllt werden.
Die Bewerbung läuft über das Drob-Inn (ebenfalls Kirchenallee 25, Tel.: 24 46 07/08) oder die Übernachtungsstätten Alexanderstraße (Tel.: 280 32 04) und Kirchenallee (Tel.: 244609). Um den Wartelistenplatz zu erhalten, ist es wichtig sich regelmäßig telefonisch oder direkt zu melden
In der Alexanderstraße werden niedrigdosierte und Haftentlassene aufgenommen, während in der Kirchenallee höherdosierte Junkies unterkommen.
Es werden Frauen und Männer aufgenommen, wobei Frauen ein Anrecht auf ein eigenes bzw. auf ein Zimmer mit einer anderen Frau zusammen haben. Im Allgemeinen sind es 2er und 3er Zimmer. Geboten werden Abendbrot, Frühstück, Tagesfahrkarte, Taschengeld, Duschen, Wäschewaschen, Spritzentausch und Gespräche am Abend bzw. nach Vereinbarung mit ausgebildeten Kräften tagsüber, um möglicherweise eine Perspektive für Entzug und Therapie zu entwickeln. Zur Unterhaltung gibt es Kicker, Billard, diverse Spiele und die Glotze.
Die Übernachtungsstätten öffnen um 20.00 Uhr, bis 22.30 Uhr müssen alle im Haus sein, ab 1.00 Uhr ist Nachtruhe und bis 9.30 Uhr am nächsten Morgen muß das Haus wieder verlassen sein. Tagsüber arbeitet in einem Teil der Räumlichkeiten der Übernachtungsstätte Kirchenallee 25 das Team des Drob-Inn.
Es findet ein Cafe statt, Junkies können sich ohne Konsumdruck treffen, Beratung findet mit oder ohne Vereinbarung statt. Informationen werden weitergegeben, Post, Spritzen



und Kondome werden ausgegeben. Bis auf die jeweils einstündigen Schließungszeiten zwecks Reinigung am Morgen und Abend gibt es in der Kirchenallee rund um die Uhr ein Angebot.
An Sonn- und Feiertagen haben die Übernachtungsstätten auch tagsüber auf (zum Ausschlafen) und bieten wechselseitig Unternehmungen an.
In der Zeit von 20.00 Uhr bis 9.30 Uhr sind die beiden Telefonnummern der Übernachtungsstätten Kirchenallee und Alexanderstraße gleichfalls Drogeninformationstelefon, wo sich Ratsuchende anonym melden und informieren können.

it !Do it !Do it

Aufbau der Drogenhilfe in Hamburg

Beratungs- und Kontaktstellen:

- Beratungsstelle für Erwachsene Drosselstraße
- Beratungsstelle für Jugendliche Kö 16A
- Drogentelefon: 20.00 - 9.30 Uhr 2803204
- Kodrobs
- Horizont
- Palette
- Drob-Inn
- Schülerhilfe
- Elternkreis Drogenabhängiger
- Elterninitiative für Akzeptierende Drogenarbeit

Übernachtungsstätten:

- Kirchenallee 25, 8 Plätze
- Alexanderstraße 16, 8 Plätze

Entgiftung:

- AK Ochsenzoll, Haus 25, Vorbereitung auf Langzeittherapie, 15 Plätze
- AK Ochsenzoll, Haus 35c, Niedrigschwelliger Entzug, 15 Plätze

Behandlungsangebote:

ambulant:

- Fachverband ambulante Therapie
  - Die Brücke
  - M.A.T.
  - Palette
- Seehaus-Ambulanz
  - Kö 16A
- Ambulante Ganztagsbetreuung
  - Beratungsstelle Drosselstraße

stationär:

- Projekt Jork, 31 Plätze
- Do it, 42 Plätze
  - Außenwohngruppen, 15 Plätze
- Jugend hilft Jugend, 26 Plätze
- Frauenperspektive, 11 Plätze

Selbsthilfe:

- Clean Future
- IHHD
- NA

Nachsorge:

- Beratungsstelle Drosselstraße
- Kö 16A
- M.A.T.
- Seehaus-Projekt
- Horizont
- Palette
- Clean Future
- Die Brücke
- Kodrobs
- Schulstelle für Drogengefährdete

Redebeitrag der Autonomen Gruppe, Marburg: "NIEMAND HAT EINE STRATEGIE, WIE DIE ZUSAMMENLEGUNG KONKRET DURCHZUSETZEN IST".



Er setzt sich mit der allgemeinen politischen Situation ein Jahr nach dem Hungerstreik auseinander und versucht, ein realistisches Bild vom Zustand der Bewegung fürdie Zusammenlegung zu vermitteln.

"24.3.1990

Lieber Helmut!
Lieber Rolf-Clemens!
An alle kämpfenden Gefangenen!

Obwohl ihr uns wahrscheinlich nicht sehen könnt, so hoffen wir doch, daß ihr uns wenigstens hören könnt! Wir machen diese Kundgebung hier am Knast in Schwalmstadt, heute über ein Jahr nach Beginn des letzten Hungerstreiks (hs), um uns mit Euren berechtigten und bis heute in keiner Weise erfüllten Forderungen nach Zusammenlegung (ZL)in ein oder zwei großen Gruppen, nach Entlassung der Haftunfähigen, freier Arztwahl und freier politischer Kommunikation und Information für alle Gefangenen und zwischen Drinnen und Draußen zu solidarisieren. Wir machen diese Kundgebung auch, um das staatlich verordnete Schweigen über die Isolationsfolter, wie sie seit Jahren an Euch praktiziert wird, wenigstens einen Moment lang zu durchbrechen.
Wir, das sind Leute aus der weiteren Region, aus dem Rhein-Main-Gebiet, aus Marburg, Gießen, Kassel und Göttingen; größtenteils aus dem autonomen, antiimperialistischen Spektrum.
Diese Rede wird von einer Autonomen Gruppe aus Marburg gehalten, die den Bündnisansatz im Zusammenhang mit der ZL-Forderung während des letzten Hungerstreiks politisch offensiv mitgetragen hat. Einer Gruppe, die heute deswegen über keinerlei Patentrezepte verfügt, weil die Bündnispolitik für die ZL als gescheitert zu betrachten ist - und das aus unterschiedlichen Gründen. Zu diesen Gründen ist schon eine Menge gesagt worden, u. a. von Dir, Helmut, in Deinem Brief vom Oktober '89. Wir wollen nun versuchen, unsere Sicht der Dinge zu schildern.
Ein Jahr nach dem Hungerstreik ist es so, daß die Mauern zwischen Euch so hoch gezogen sind, wie eh und je. Dem Aufbruch vom April '89 ist die Ernüchterung darüber gewichen, daß unsere gemeinsame politische Kraft - drinnen und draußen - nicht ausgereicht hat, eine rasche Veränderung Eurer Bedingungen zu bewirken.
Übrig geblieben von der Mobilisierung zum hs '89 ist die Bereitschaft vieler Gruppen und Einzelpersonen, eine politische Auseinandersetzung mit Euch zu suchen, Euch zu schreiben und in die Diskussion draußen mit einzubeziehen. Eine Bereitschaft, die heute tendenziell über das autonome/antiimperialistische Spektrum hinaus bis in kirchliche Basisgruppen reicht.
Diese Initiativen sind sehr begrüßenswert, doch belegen sie gleichzeitig die Richtigkeit Deiner Feststellung vom Oktober '89, wo du schreibst, Helmut, daß im Zuge dieser Diskussion die eigentliche, zentrale Forderung nach Zusammenlegung immer mehr in den Hintergrund getreten ist.
Falsch ist es jedoch unserer Meinung nach, einen Widerspruch zwischen dieser Diskussion und der Forderung nach ZL zu sehen; daß im Moment die Diskussion im Vordergrund steht, ist eher Ausdruck der allgemeinen Ratlosigkeit in Bezug auf die Durchsetzung der Zusammenlegung und - weitergehend - Eurer Freilassung, die natürlich die beste Bedingung für gemeinsame Diskussion und Praxis wäre.
Wie ist nun diese Ratlosigkeit zu erklären, worin besteht sie?
Wir glauben, daß diese Ratlosigkeit zum einen den gemachten Erfahrungen, den Fehlern und dem schließlichen Scheitern des Versuc[...] Zuge von Bündnispolitik [...] zen, entspringt und zum a[...] weitaus wichtiger - der allgemei[...] politischen Lage, dem veränderten Kräfteverhältnis, weltweit, der sich bis in die letzten gesellschaftlichen Winkel ausbreitenden und sich verfestigenden Hegemonie kapitalistisch-patriarchaler Logik: es scheint, als komme die Geschichte mit dem weltweiten Sieg dieses Systems zum Stillstand. Diesem Zeitgeist kann sich natürlich auch die autonome/antiimperialistische Linke nicht einfach per Willenserklarvng entziehen; so gern sie das auch möchte.
Die BündnispolitiX im hs '89 war ein richtiger Versuch, ZL durchzusetzen. Es liegt auf der Hand, daß das Bündniskonzept von einem Zustand der Schwäche, der Krise der gesamten radikalen Linken, seiner autonomen-/antiimperialistischen Teile ausging - der Überzeugung, daß keine Fraktion innerhalb der radikalen Linken allein über die praktischen und theoretischen Vorstellungen verfügt, revolutionäre Politik langfristig durchzusetzen, bürgerliche Hegemonie zu durchbrechen. Es ging darum, unter den am Bündnis für die ZL beteiligten Gruppen und Einzelpersonen eine politische Debatte zu initieren. Der Kampf um ZL und für Eure Freiheit sollte damit einen Beitrag dafür leisten, daß die radikale Linke sich an konkreten Fragestellungen neu formiert und die autonomen/ antiimperialistischen Teile zu einem wichtigen Faktor in diesem Formierungsprozeß werden.
Die politische Debatte sollte zum Inhalt haben, daß ihr, die Gefangenen aus der RAF und dem autonomen/antiimperialistischen Widerstand, politische Gefangene aus der gesamten radikalen Linken seid, und daß ihr aufgrund Eures revolutionären Handelns und Denkens diesen zerstörerischen Haftbedingungen unterworfen seid; daß das Mittel Isolationsfolter präventives Mittel, Option zur Bekämpfung auch der anderen Teile dieser Linken ist.
Es ging uns also darum, eine Debatte innerhalb der radikalen Linken zu initieren, in der wir unsere politische Arbeit als Autonome und AntiimperialistInnen entfalten wollten - mit dem Ziel, Isolationsfolter hier in der BRD als Mittel gegen politische Gefangene abzuschaffen und damit perspektivisch die Hochsicherheitstrakte überhaupt, und damit zu gewährleisten, daß die politischen Gefangenen als das, was sie sind, als Gefangenenkollektiv, an der gesamten politischen Diskussion teilnehmen können. Eine Debatte - im übrigen- , die von der auch heute noch richtigen Überzeugung ausgeht, daß dem Staat die Abschaffung der Isolationsfolter guasi als Reform abzuringen ist, also nicht notwendigerweise mit der Revolution zusammenfallen muß. Eine Bewegung auf die

Beine zu stellen, die das zu leisten vermag, war die nicht gelöste Aufgabe im hs '89.
Warum hat das nicht geklappt?
Zunächst Mal vorweg: eigentlich banal, aber trotzdem in seiner Bedeutung fürs Scheitern nicht zu unterschätzen:- die Zeit war zu kurz; die autonome/antiimperialistische Linke betrat mit der Bündnispolitik im Zusammenhang mit der ZL absolutes Neuland; die negativen Erfahrungen, die die autonome/antiimperialistische Linke während des hs mit Bündnispolitik gemacht hat, führten dazu, daß nach dem Abbruch des hs, dieser Ansatz nicht weiter verfolgt wurde. Schnelle Erfolge waren aber ohnehin nicht zu erwarten - zumal das Repressionsmittel Isolationsfolter für den Staat von so großer Bedeutung ist, daß er es nicht schon wegen der ersten zaghaften Versuche der Neuformierung der radikalen iinken Kräfte aus der Hand gibt.
Die Bündnispolitik stellte von Anfang an eine Überforderung für unser politisches Spektrum dar - wir nehmen uns von der Kritik nicht aus. Diese Überforderung drückte sich in der großen Schwierigkeit für weite Teile der autonomen/antiimperialistischen Linken aus, im Bündnis Politik zu machen, sich über die eigenen Inhalte klar zu werden und diese zu vermitteln, in die Debatte einzubringen: einen politischen Begriff von Eurer Praxis draußen, dem bewaffneten Kampf, zu vermitteln, keinen denunziatorischen und auch keinen affirmativen, und einen politischen Begriff von Isolationsfolter zu vermitteln, einen politischen Begriff von ZL, keinen rein humanitären; die Gefangenen nicht als Opfer des Staates darzustellen, die der linken Fürsorge bedürfen, sondern als Revolutionäre und Revolutionärinnen, die sich mit uns zusammen bessere Bedingungen erkämpfen.
Wir sind daran gescheitert, poli-



tisch offensiv zu vertreten, und nicht moralisch- zu vermitteln, für welche Politik ihr im Knast seid. Dabei geht es nicht um Befürwortung oder Nicht-Befürwortung militanter Politik in der Metropole. (Die Befürwortung bewaffneter Politik konnte natürlich nie zur Voraussetzung der Bündnisfahigkeit gemacht werden: das Bündnis wäre schlichtweg nicht zu Stande gekommen - eine Einsicht im übrigen, wo für manche autonome-/antiimperialistische Gruppen die Überforderung schn begann.) Worum es aber hätte gehen müssen, wäre ein verstärktes politisches offensives Eintreten für die Akzeptanz des taktischen Gehalts der sog. "Gewaltfrage" im Bündnis, als Grundlage für einen Solidaritätsbegriff, der die Gefangenen aus der militanten Linken mit einschließt.
Die in der Kürze der Zeit nicht zu lösenden Schwierigkeiten bestanden also u.a. darin, daß wir aufgrund unserer mangelnden politischen Klarheit, unserer fehlenden Einheit, unseres Schielens auf bürgerliche Kräfte, von den Gruppen inhaltlich mit Leichtigkeit überrollt werden konnten, die mit ihrer Unterschrift unter die ZL gleichzeitig die Kapitulationsurkunde fundamental-antagonistischer Systemopposition mitunterzeichnet haben. Diese politischen Kräfte von Lochte über die Taz bis zum Osterappell und den Grünen sind nicht politisch offensiv genug ausgegrenzt worden.
Diese Überforderung, die fehlende inhaltliche Klarheit, die mangelnden politischen Kriterien bei der Umsetzung der Bündnispolitik, die "Verwirrung" über Eure neue Politik, Eure Öffnung "gesellschaftlichen



Gruppen" gegenüber, bedingten letztendlich das Nicht-Ernstnehmen, die Nicht-Akzeptanz des gesamten politischen Ansatzes von weiten Teilen der autonomen/antiimperialistischen Linken; und damit seines Scheiterns.
Festzuhalten ist, daß das Bündnis '89, wo es Bestand hatte, eine für bundesrepublikanische Verhältnisse breite Palette von linken Individuen, Männer und Frauen aus autonomen-/antiimperialistischen Gruppen, aus dem DKP-Spektrum, den K-Gruppen, linken Grünen etc. miteinander ins Gespräch brachte. Seinen institutionellen Ausdruck fand das z.B. in der DKP in ihrem Parteitagsbeschluß, wo die ZL - ohne wenn und aber - unterstützt worden ist, zahlreiche Grüne Orts- und Kreisverbände kamen zu ähnlichen Beschlüssen. War die Situation der radikalen Linken '89 durch eine von der Krise bedingten Offenheit den Ansätzen anderer linker Gruppen gegenüber gekennzeichnet, ist diese Offenheit heute größtenteils in Spaltung, Lähmung und Stagnation umgeschlagen. Stellte bspw. die Marburger DKP 1989 der Marburger ZL-Ini Büroräume für ihre Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung, ist sie heute nicht einmal mehr willens bzw. in der Lage, diese Kundgebung politisch zu unterstützen.
Die eskalierende Krise der radikalen Linken drückt sich einerseits in Lähmung, Spaltung und Selbstauflösung in sozialdemokratische und ökologisch-kapitalisti-sche Politikkonzepte aus, und andererseits - im Zuge einer Polarisierung - in zaghaften Versuchen zur Neuformierung der verbliebenen Reste der radikalen und revolutionären Linken - von der



heute noch nicht abzusehen ist, ob dies vollends zur Farce wird, wenn etwa im Kostüm des Diskussions- und Kongreßzirkels "Radikale Linke" die Grünen der späten 70er Jahre wieder aufzuerstehen scheinen. Wie dieser Formierungsprozeß ausgehen wird, wie die verbliebenen revolutionären Kräfte sich darstellen werden, ist aber nach wie vor offen. Eins steht jedenfalls jetzt schon fest: radikale, linke Opposition in der Bundesrepublik wird sich darauf einrichten müssen, weitere Jahre am Existenzminimum zu leben, marginale Kraft zu sein. Weiter ist davon auszugehen, daß dieser Zustand weder verbal-radikal verneint, noch militant übersprungen werden kann.
Das ganze Dilemma der Krise revolutionärer Politik in der Metropole kann nur verstanden werden, wenn wir uns über die wesentlichste Bedingung dieser Krise bewußt werden: die sich verändernde internationale Lage, der scheinbar nicht auf zuhaltende ökonomisch.- politische Vormarsch des Imperialismus.
Die Durchdringung Osteuropas mit westlichem Kapital, also: der Sieg des Imperialismus im Kalten Krieg, die sich momentan vollziehende Entwicklung hin auf die schon 1945 von US-Präsident Roosevelt verkündeten Doktrin der "One World", ist zur grundlegenden - negativen - Bedingung der revolutionären Linken in der BRD geworden - ob sie das wahrhaben will oder nicht. Konnten die sich anbahnenden Veränderungen in Osteuropa vor einigen Jahren noch als Chance auf positive Veränderung, auf Entstalinisierung, begriffen werden, so muß heute - mit Fidel



Castro - festgestellt werden, daß die Ostblockstaaten die Einladung des Imperialismus, an der Ausplünderung der "Dritten Welt" teilzunehmen, teilweise angenommen haben - wie die DDR teilweise selbst von der 2. zur 3. Welt werden - wie Polen, Ungarn, die CSSR.

Der politische Roll-Back läuft auf Hochtouren: nach dem Wahlsieg der "Allianz für Deutschland" in der DDR ist der Anschluß an die BRD nur noch eine Frage der Zeit; der alte Traum westlicher Kriegstreiber geht in Erfüllung, ohne daß ein Schuß hätte fallen müssen: ein größeres Deutschland, daß die ökonomisch-politische Hegemonie über EG-Europa '92 hat, mit einer Billig-Lohnperipherie in Süd-, Ost- und Süd-Ost-Europa und den anderen Neo-Kolonien, weltweit. Die SU ist als Supermacht, als strategisches Gegengewicht gegen den Imperialismus quasi in sich selbst zusammengebrochen, steht westlichem Kapital offener denn je - sogar an die Einrichtung sog. "Freier Produktionszonen" ist gedacht.

Während die SU gemäß der Politik des "Neuen Denkens" den friedlichen Ausgleich mit den USA und den anderen imperialistischen Staaten sucht und Befreiungskämpfe wie etwa in El



Salvador, Palästina oder Kurdistan zu "regionalen Konflikten" stilisiert, in die es sich weder mit ideologisch-politischer Parteinahme noch militärisch mehr einmischen will, hat die USA politisch freie Hand, ihre Vorstellung von "Frieden und Freiheit" weltweit zu verwirklichen; so imperialistisch-aggressiv zu verfahren, wie es dem Charakter dieser Weltmacht entspricht. Das zeigt sich permanent im Zusammenhang mit der ökonomischen Durchdringung und profitablen Aussaugung ganzer nationaler Ökonomien im Trikont, dem tagtäglich produziertem Hungertod 10.000er mittels IWF und Weltbank. Das zeigte sich zuletzt im Dezember '89 offen und ungeschminkt mit der Panama-Invasion oder mit dem jetzt erfolgten späten Sieg im neun-jährigen Contra-Krieg gegen das Volk Nicaraguas und die FSLN.

Die autonome/antiimperialistische Linke in der BRD wird sich damit auseinandersetzen müssen, daß der Sieg des "Westens" in der Sytemauseinandersetzung, der Zusammenbruch der SU und damit das Ende internationalistischer Parteinahme für die Befreiungsbewegungen und befreiten Länder weltweit, auch ihre eigenen Bedingungen objektiv verändert hat. Die sich z.Zt. aufbauende totale Hegemonie des Imperialismus - von den Metropolen ausgehend bis in den kleinsten Winkel der Welt, ökonomisch, militärisch, politisch, muß notwendigerweise negativ auf die revolutionäre Linke in der Metropole zurückfallen, da deren Perspektive - dem revolutionären Anspruch gemäß - sowohl internationalistisch sein muß, als auch darauf angelegt sein muß, diese auch innergesellschaftliche Hegemonie des Imperialismus zu durchbrechen.

Lieber Helmut, lieber Rolf-Clemens! - Niemand hat eine Strategie, wie die ZL konkret durchzusetzen ist. Und auch, wenn wir Euch gerne bei uns hätten: Eure Freiheit ist momentan nicht zu realisieren. Das einzige, was im Augenblick möglich ist, ist die Diskussion zu führen, die durch die Mauern zwischen Euch und Euch und Euch und uns auf ein Minimum beschränkt ist: über die Perspektive und die Möglichkeiten der revolutionären Linken unter den Bedingungen totaler imperialistischer Hegemonie. Es geht darum, sich jetzt einzumischen in den Prozeß der Neuformierung der radikalen Linken, Perspektiven für radikalen Widerstand zu eröffnen.

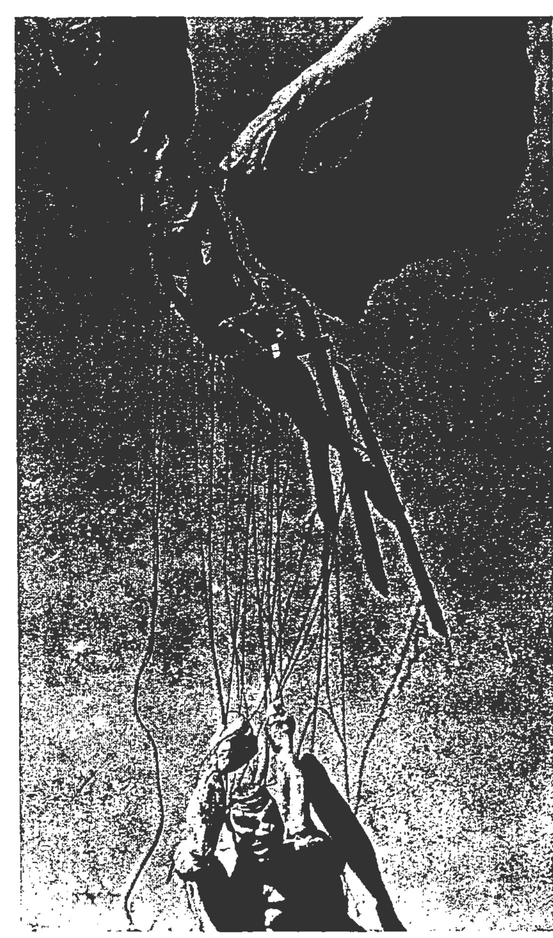
In dieser Diskussion, in diesem Formierungsprozeß seid ihr für uns aufgrund Eurer Erfahrung unverzichtbar. Ihr seid die, die den Kampf draußen kompromißlos geführt haben, ihr seid die, die sich unter den extremsten Bedingungen von Isolationsfolter ihre politische Identität bewahrt haben.

Wir fordern:

* Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen.
* Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.
* Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist. Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, Ali Jansen. Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen.

Außerdem grüßen wir von hier aus die spanischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) im Hungerstreik für ihre Wieder-Zusammenlegung, für die ihr letzte Woche in den Solidaritätshungerstreik getreten seid.

Hoch die internationale Solidarität!"



„Wir haben die Wohnungen ja schon dreimal abbezahlt..."

Die sich heute und in den nächsten Jahren weiter verschärfende Miet- und Wohnsituation von uns und den meisten anderen Menschen macht es für uns notwendig, eine breitere Diskussion um Widerstandsformen und eine Kampfperspektive in diesem Bereich fortzuführen.

Davon ausgehend, daß

- *Mieterhöhungen und Wohnraumverknappung zu einer Verschärfung des Arbeitszwangs in allen Bereichen, insbesondere "Nebenjobs" und einer Durchsetzung neuer ungesicherter Arbeitsverhältnisse besonders gegen Frauen führt,*
- *eine Vertreibung in Obdachlosigkeit stattfindet,*
- *eine Rechtsradikalisierung von Teilen der Bewohner nicht nur der Stadtrandghettos spürbar ist,*
- *Appelle sich zusammenzuschließen und von seinem Mietrecht Gebrauch zu machen zwar richtig und notwendig sind, jedoch eine breite Umstrukturierung nicht ernsthaft behindern werden,*
- *Hausbesetzungen keine Massenperspektive, sondern mehr individueller Kampf um verbesserte Lebensbedingungen sind,*
- *sich in diesem Bereich Auseinandersetzungen anbahnen, bzw. bereits stattfinden,*

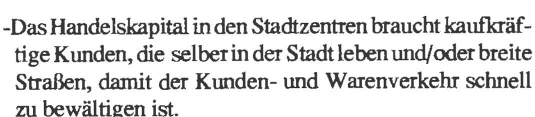
möchten wir einen Vorschlag für Perspektiven einer kämpfenden Mieterbewegung machen.

MieterInnen - Gruppe der Schwarzen Katze
c/o Thadenstraße 118, 2000 Hamburg 50, Mo. 20.00 Uhr



Miet- und Städtebaupolitik als gesamtgesellschaftliches Steuerungsinstrument

Besitz und Verwaltung von Miethäusern ist heute auf ein paar sogenannte gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen (NH und Nachfolger, SAGA, VEBA usw.) konzentriert. Neben diesen Konzernen gibt es selbstverständlich noch Genossenschaften und die klassischen Hausbesitzer. Durch die Macht der Wohnungsbaukonzerne, die mit Banken und dem Staatsapparat verflochten sind, spielen diese aber nur eine untergeordnete Rolle. Die Machtkonzentration und die verschiedenen staatlichen Interventionsinstrumente (z.B. Förderung von Wohnungsbau und/oder Eigentum, Mietgesetzgebung, Städtebauförderungsgesetz usw.) machen die Wohn- und Mietfrage, nicht erst heute, zu einem gesamtgesellschaftlichen Steuerungsinstrument. Die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Kapitale sollen so koordiniert werden.



- Das Handelskapital in den Stadtzentren braucht kaufkräftige Kunden, die selber in der Stadt leben und/oder breite Straßen, damit der Kunden- und Warenverkehr schnell zu bewältigen ist.
- Das Industriekapital braucht Arbeitskräfte in der Nähe der Produktionsstätten.
- Verknappung des Wohnraums wird dazu benutzt, Menschen, die nicht mehr der Leistungsnorm genügen, verstärkt auszugrenzen und Klassenspaltungen zu vertiefen.
- Durch Erhöhung der Mieten werden die Menschen zur Arbeit getrieben, die immer ungesicherter wird und immer schlechter bezahlt wird.

Überall mischen Makler und Spekulanten kräftig mit. Maßgeblich beteiligt an Vertreibung, Abriß, Umwandlung und Neubau waren und sind die "gemeinnützigen" Wohnungsbaukonzerne, denen dadurch jahrelang die größten Profite zugeflossen sind (Kostendeckungsprinzip, Bodenspekulation).

Durch das sogenannte Kostendeckungsprinzip sind alle Planungs-, Durchführungs- und Kapitalkosten auf die Mieter abgeschoben worden. Wenn es sich bei der Miete tatsächlich nur um die Deckung der Kosten handelte, stellt sich die Frage, wie die unvorstellbare Expansion dieser Wohnungsbaugesellschaften möglich war (die Bilanzsumme der NH war 1950 DM 30 Millionen, 1961 schon DM 3,5 Milliarden). Die größten Profiteure sind allerdings die Kapitalgeber, also die Banken.



Wenn davon ausgegangen wird, daß der Neubau eines Hauses DM 1.500,-- je qm kostet, sind damit alle Kosten für die Erstellung gedeckt (Material, Arbeit, Tilgung, Zinsen, Verwaltung, Planung, Grundstück, Reparaturen, Versicherungen und Steuern). Wenn weiter davon ausgegangen wird, daß der Qm im Monat DM 6,25 an Miete kostet, ist das Haus nach 20 Jahren abbezahlt. Jede weitere Mark fließt in die Tasche der Konzerne und der Banken.

Historischer Abriss

Die Zeit nach dem offiziellen Abschluß der "Wiederaufbauphase" läßt sich grob in drei Abschnitte aufteilen:

1) Ca. 1960 bis Anfang der 70er Jahre: Großsiedlungsbau und Vertreibung der Leute aus den alten Bezirken.
2) Anfang der 70er Jahre bis ca. 1980: keine weiteren Großsiedlungen, dafür Neuüberbauung der alten Bezirke, Verringerung des sozialen Wohnungsbaus.
3) Seit ca. 1980: totale Mietsteigerungen und gleichzeitig "behutsame Stadterneuerung", praktisch kein sozialer Wohnungsbau mehr.

Zu 1) Der Großsiedlungsbau am Stadtrand gehörte genau wie die Flächensanierung in den alten Wohngebieten zu den Stadterneuerungsvorstellungen des regionalen Staatsapparates. Das Ziel war, die cittynahen Wohngebiete für das Kaufhaus-, Banken- und Versicherungskapital so herzurichten, daß eine optimale Profitrealisierung möglich wurde, aber auch, Arbeitskräfte nahe den neuen Industriegebieten am Stadtrand bzw. am Hafen anzusiedeln. Geplant war, ganze Viertel abzureißen, und völlig neu wieder aufzubauen, mit der Option den "sozialen Erosionsprozeß" in der Innenstadt zu stoppen. Die arme Bevölkerung sollte in die Großsiedlungen an den Stadtrand, während die kaufkräftige Mittelschicht in der Innenstadt angesiedelt werden sollte. Das hat nur teilweise geklappt. (Der Hexenberg wurde völlig abgerissen und wieder neu bebaut.)

Wegen dem teilweise recht massiven Widerstand der BewohnerInnen in den alten Vierteln (Eckhoffstr., Haynstr. usw.), nicht geplanten Entwicklungen in den Großsiedlungen (Ghettoisierung, Kriminalität usw.) und Kämpfen im Produktionsbereich ("Wirtschaftskrise", Streiks, Arbeitsmoral, Lohnsteigerungen usw.) konnte die Umstrukturierung der Stadt nicht durchgesetzt werden.

Durch die Großsiedlungen sollten folgende Ziele erreicht werden:

a) Die zentrale Unterbringung von tausenden Arbeiterfamilien und deren Ausspressung durch die hohen Mieten.
b) Mit den Großfabriken kam die räumliche Trennung von Arbeits-, Lebens- und Wohnbereich. Dadurch entstanden riesig Schlafstädte, Arbeitsgebiete, Einkaufzentren und Freizeitzentren, die nur auf Profit ausgerichtet waren.
c) Die bessere Kontrolle und Disziplinierung der Arbeiterfamilien durch übersichtliche Bauweise, soziale Durchmischung und Vereinzelung.

Es zeigte sich jedoch, daß gerade in den Großsiedlungen eine soziale Sprengkraft entstand, die außer Kontrolle zu geraten drohte. Es gab immer wieder Aktionen der Mieter (Mietstreiks, Verhinderung von Räumungen in Berlin). Darüberhinaus kam es zu einer stark ansteigenden Kriminalitätsrate.

Zu 2) Die Erfahrungen aus den Großsiedlungen wurden für die Sanierung in der Innenstadt genutzt. Der Abriß wurde nicht mehr flächendeckend beschlossen, sondern unter "Mitwirkung" der MieterInnen wurde jedes Haus untersucht, saniert, modernisiert oder eben doch abgerissen. Für die BewohnerInnen der Sanierungsgebiete änderte sich jedoch nichts. Sie wurden weiter in teure Sozialwohnungen vertrieben.

Die Modernisierung verlief nicht in allen Sanierungsgebieten gleich. Je nach Entwicklung des Widerstands in den Vierteln wurde mehr oder weniger abgerissen, die Mieterhöhungen mehr oder weniger durchgesetzt. Insgesamt wurde das Angebot an Wohnungen durch die Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus und massenweisen Leerstand von billigem Altbau gesenkt. Das bedeutete letztlich, daß jetzt die Drohung mit Wohnungsnot benutzt werden konnte, um die Umstrukturierung der Stadt voranzutreiben. Höhere Mieten wurden wegen der Angst vor Obdachlosigkeit eher hingenommen, der Umzug in andere Viertel wurde eher in Erwägung gezogen.
Die Mieter- und Hausbesetzerbewegung Anfang der 80er konnte zwar "für sich" Häuser und Wohnraum erkämpfen, aber in den meisten Sanierungsgebieten die Mieterhöhungen und Vertreibungen nur teilweise verhindern. Das Konzept von Leerstand und Wohnraumvernichtung ging jedoch (auch wegen fehlender finanzieller Mittel in den Kommunen) nicht auf.

Empörung auf Mieterversammlung der NH

Verkaufte Mieter

Zu 3) Der soziale Wohnungsbau wurde fast gänzlich eingestellt. Die Subventionsmittel wurden jetzt in eigentumsfördernde Bauvorhaben gelenkt (Bauherrenmodell, Eigentumswohnungen usw.), was zur Folge hatte, daß bezahlbarer Wohnraum immer knapper wurde, und dadurch die Mieten, auch für Bruchbuden, immer höher stiegen. Das wiederum hat die Spekulation mit Wohnraum stark gefördert.

Der resistente Teil der MieterInnenschaft wurde teils mit Gewalt zerschlagen, oder durch die Förderung von alternativen Wohnprojekten befriedet.

Die Sanierung zwecks Umstrukturierung der alten Viertel läuft jetzt unter dem Titel "behutsame Stadterneuerung" weiter.

Daß es auch dem Staat weiterhin um die Durchsetzung der Kapitalinteressen geht, wird daran deutlich, daß die Mietpreisbindungen (resultierend aus dem sozialen Wohnungsbau der 50er und 60er Jahre) trotz Wohnungsnot nicht erneuert und dem "freien Markt" überlassen werden, und die "Gemeinnützigkeit" der Wohnungsbaukonzerne aufgehoben wird, was dem privatem Kapital noch größere Bewegungsfreiheit verschafft.

Die derzeitige Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt dürfte weitgehend bekannt sein. Obdachlosigkeit steigt, Eigenbedarfskündigungen steigen, Räumungsklagen steigen, Mieten steigen, Wohnungsbestand sinkt. Um die Mieten zahlen zu können oder die Wohnungen nicht zu verlieren, sind immer mehr Menschen gezwungen, mieseste Arbeitsbedingungen zu akzeptieren (470,-- Jobs, flexible Arbeitszeiten, Nachtarbeit, schlechte Bezahlung, Krankheit ?).

Geplanter SPD-Beschluß zum Stopp von Wohnungsverkäufen vertagt / Voscherau läßt Verhandlungsführung der Baubehörde überprüfen / Angst vor Forderungen der FDP



Miete ist Raub!

Für uns bleibt die Frage, wie wir mit einer langfristigen Strategie in die Miet- und Wohnpolitik eingreifen können. Die heutigen "zahnlosen" Hausbesetzungen in Verbindung mit Stattbau und Lawaetzstiftung stellen in dieser Form nur eine auf die Szene begrenzte politische Perspektive da. SozialarbeiterInnen aus Beratungsinis, Mieter helfen Mieter und der Dachverband der Mieterinitiativen durchbrechen diese begrenzte Perspektive, begrenzen sich aber auf Gespräche mit Politikern, fordern neue Gesetze, organisieren Öffentlichkeit und geben Rechtsberatung. Dieses Vorgehen ist teilweise richtig, aber angesichts der realen Entwicklung absolut unzureichend. Viele MieterInnen sind unzufrieden und enttäuscht von politischen Parteien oder anderen Interessenvertretern, finden aber kaum Ansätze, die über juristische Streitereien mit Spekulanten und Miethaien hinausgehen.

Wir sollten diese Wut nicht in reformistischen Kanälen versickern lassen, sondern sie in eine breite Widerstandsbewegung einbeziehen. Deswegen halten wir es für wichtig, wieder ein altes Thema: Geld (gemeint ist die Miete) auf die Tagesordnung zu setzen, denn steigende Mieten, Mietwucher und Wohnungsspekulation funktionieren nur solange, wie wir MieterInnen die Miete an die Kapitalisten zahlen. Uns erscheint es am vielversprechendsten, unsere Wut und die vieler anderer MieterInnen direkt über die Miete gegen die Konzerne, Spekulanten und Miethaie zu richten.

NEUE SERIE

WOHNUNGSNOT

...UND WAS WIR DAGEGEN TUN KÖNNEN

Organisieren wir den Mietstreik!

Die Parolen der radikalen Mieter- und Häuserbewegung (Miete ist Raub; Häuser denen, die drin wohnen usw.) sind bekannt. Inhaltlich gefüllt worden sind sie in den letzten Jahren weder theoretisch noch praktisch. Die Aktionen beschränkten sich auf symbolische Hausbesetzungen und Demonstrationen, auf denen Appelle an die Herrschenden gerichtet werden.

Wir halten eine breite Diskussion über die kapitalistische Verwertungslogik im Bereich Mieten und Wohnen und den Einsatz der Miete als Kampfmittel bei den aktuellen Auseinandersetzungen für erforderlich. Letztendlich müssen wir ernst machen mit der Enteignung und der Selbstverwaltung der Häuser. Uns sollten dann nicht die vielen Aufgaben, noch die ungeheuere Dimension unserer Ziele schrecken. Wir sollten dabei nicht ausschließlich auf die spontane Wut der MieterInnen setzen, sondern eine langfristige politische Perspektive durch Selbstorganisation anstreben. Es ist besser, die Sachen mit ausführlichen Überlegungen und Strategien anzugehen, als sich überhastet in ein eventuelles Chaos zu stürzen.

Was heißt nun eigentlich Mietstreik?

"Gegenargumente" sind uns bekannt: "Das geht ja sowieso nicht", "Wohnen kostet Geld", "Wer zahlt die Instandhaltung?" "Was ist mit den kleinen Hausbesitzern?".

Erst einmal: Wir halten es nicht für realistisch, die Miete sofort abzuschaffen, sondern es geht darum, die Verweigerung von Mietzahlungen oder auch Teilen der Miete als Kampfmittel gegen SAGA, Spekulanten und Miethaie einzusetzen.

Dieses Kampfmittel kann eingesetzt werden z.B.:

- Wenn ein Haus verkauft werden soll, wird im gesamten Haus keine Miete mehr gezahlt, und die Leute bleiben einfach drin.
- Wenn ein Haus nicht instandgehalten wird. Warum soll Miete gezahlt werden, wenn das Haus vergammelt?
- Luxusmodernisierung führt zur Vertreibung der finanzschwachen MieterInnen. Warum noch Miete zahlen, wenn wir sowieso ausziehen sollen?
- Kollektive Verweigerung von Mieterhöhung in einem oder auch mehreren Häusern.
- Einzelne Teile der Miete werden nicht mehr gezahlt. Warum soll jemand, der seit 20 Jahren in einer Wohnung wohnt, immer noch Kredite abbezahlen, die schon lange getilgt sind?

Beispiele gibt es sicher noch viele mehr, sie müssen an den konkreten Objekten mit Einbeziehung der BewohnerInnen in diesen Häusern entwickelt werden, und können nicht vorab am runden Tisch entschieden werden.

Eine breite Bewegung könnte entstehen, wenn es gelingt, diese Einzelkämpfe zu verbinden, oder wenn jenseits von Einzelproblemen die Miete an sich angegriffen wird.

Kleine, aber gut vorbereitete Schritte könnten sein:

- Breite Information und Agitation auch in Gegenden, wo wir sonst seltener sind. Z.B. in den Neubaughettos des sozialen Wohnungsbaus.
- Ein Mietwarnstreik. D.h. gemeinsam für einen Monat keine Miete zu bezahlen, oder nur 10% des Einkommens als Miete zu überweisen, oder nur Instandhaltungs- und Betriebskosten zahlen.

Die genannten Vorschläge sollten Mobilisierungaktionen sein, die Leuten Mut machen können, und die den MieterInnen anhand unserer radikalen Vorstellungen und Forderungen eine Perspektive aufzeigen.



Wie aber so etwas anfangen?

Zum einen ist es wichtig, daß wir in unseren linken Zusammenhängen die Diskussion "Miete als Kampfmittel" führen. Darüber hinaus ist es wichtig, das linke Ghetto zu verlassen, auf Miet- und Hausversammlungen zu gehen, in Zeitungen breit die Möglichkeit des Mietstreiks zu propagieren. Nur wenn die Klasse das Kampfmittel Miete breit aufgreift, haben wir damit überhaupt eine Chance. Vereinzelte Aktionen im linken oder linksradikalen Ghetto würden hoffnungslos verpuffen! Mietstreik kann nur erfolgreich sein, wenn er massenhaft als Kampfmittel genutzt wird. Deshalb ist es notwendig, schon jetzt Schritte zum Aufbau einer verbindlichen Struktur für eine Mietstreikkampagne zu unternehmen. Für eine solche Kampagne ist es unerläßlich, daß eine Koordination des Hamburger Miet- und Wohnbereichs installiert wird, auf dem ein Überblick geschaffen wird, wo in welchem Stadtteil welche Schweinereien anstehen, wo welche Miet- und Hausversammlungen stattfinden, wo welche Aktionen geplant sind. Es ist unerläßlich, über eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit offensiv in die Diskussion (Flugis, Rundfunk, Reden auf Mieterversammlungen usw.) einzugreifen.

Das ist selbstverständlich nicht eine "Organisationsform", die wir zentral einrichten können, sondern die sich entwickeln muß. Wir können allerdings dazu beitragen, daß sich tragfähige, schlagkräftige, verbindliche und solidarische Strukturen aufbauen. D.h. daß die Menschen, die den Mietstreik (in welcher Form auch immer) praktizieren, nicht im Regen stehen gelassen werden. Erforderlich sind Verhinderungen von Zwangsräumungen und gezieltes Vorgehen gegen einzelne Spekulanten und Miethaie. Darüber hinaus ist es unerläßlich, und eigentlich auch selbstverständlich, eine juristische und finanzielle Unterstützung für eine Kampagne hinzubekommen.

MieterInnen - Gruppe der Schwarzen Katze

Für interessierte Gruppen und Einzelpersonen bereiten wir hierzu ein Diskussionstreffen am 21.05.90 um 20.00 Uhr in der Thadenstraße 130a vor.

Diskussionspapier zur AntiFa-Demonstration am 3. März 1990

Am 3. März 1990 fand anläßlich eines geplanten Nazi-Aufmarsches eine anti-faschistische Demonstration mit mehr als 5.000 TeilnehmerInnen statt. Während und nach der Demonstration kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Im folgenden dokumentieren wir gekürzt ein Diskussionspapier einiger Menschen aus der Antifa Hamburg, die den Ablauf und den Mißerfolg der Demonstration analysiert haben.

1) Politisch Bewertung unserer Aktion

Mehr als 5000 Menschen sind am 3. März auf die Straße gegangen. (...) Die meisten waren unorganisierte und Jugendliche aus Hamburger Nicht-Szene-Stadtteilen. (...) Der kleinere Teil bestand aus organisierten Zusammenhängen wie Antifa Hamburg, Häuserprojekten, autonomen Gruppen, (...) 7 ausländische Organisationen hatten auf eine für diesen Tag geplante Demonstration gegen Rassismus und die Verschärfung der Ausländergesetze verzichtet, um sich an unserer Demonstration zu beteiligen.

(...) Wir konnten nicht verhindern, daß ca. 250 Faschisten im Laufe des Tages an 3 verschiedenen Stellen aufmarschiert sind. Aber es ist Ergebnis unserer starken Mobilisierung, daß sich trotz bundesweiter Aufrufe nur so wenige Faschisten auf die Straße getraut haben.

(...) Das ist die, erfreuliche Seite unserer Aktion am 3.3. Die andere betrifft die Durchführung der Demonstration und ihre Auflösung. Wir gehen davon aus, daß die Polizeiführung in jedem Fall vorhatte, die Demonstration gewaltsam aufzulösen, (...) einen (brutalen) Polizeieinsatz hätten wir insofern wohl nicht verhindern können. Erschreckt hat uns aber viel mehr unsere Unfähigkeit, uns gegenseitig zu schützen und geschlossen zu handeln.

Es sind bei der Vorbereitung der Demonstration sehr viele politische und organisatorische Fehler gemacht worden, die dazu geführt haben, daß weder die Demonstrationsleitung noch die organisierten Zusammenhänge in der Lage waren, der Demo eine klare, gemeinsame Stoßrichtung zu geben. Dieses Papier soll ein Anfang sein, diese Fehler aufzuarbeiten, damit es nächstes Mal anders läuft.

2) Ablauf der Demonstration

Der Beginn der Demo lief wie geplant: (...) Inzwichen war klar, daß die Faschisten sich nicht um 11 Uhr auf dem Karl-MuckPlatz, sondern gerüchteweise um 12 Uhr auf dem Rathausmarkt, laut Presse um 13 Uhr sowohl auf der Moorweide als auch am Alsteranleger treffen würden.

Die Demoleitung entschied deshalb, früher als geplant vom Karl-Muck-Platz Richtung Jungfernstieg loszuziehen. (...) Bis zur Ecke Jungfernstieg/Neuer Wall verlief die Demo geschlossen. (...) Um 12.15 Uhr stoppte die Demo an der Ecke zum Jungfernstieg, weil dort ja einer der beiden angekündigten Aufmarschorte der Nazis war.

(...) Es kam die Information, daß sich bereits 30 Nazis auf der Moorweide am Dammtor gesammelt hätten. Daraufhin wurden von der Demoleitung kurzerhand Absprachen mit der Polizeiführung getroffen, daß wir nun zur Moorweide demonstrieren würden. Die Polizeiführung war damit einverstanden, (...) sie kündigte ihrerseits starke Präsens vor Ort an und erklärte, uns auf alle Fälle von den Nazis fernzuhalten.

Obwohl wir genug Zeit gehabt hätten, wurde kein Konzept für unsere Aktion an der Moorweide überlegt. Stattdessen setzte sich die Demo um 12.3o Uhr zügig (...) Richtung Moorweide in Bewegung.

(...) Der Lautsprecherwagen stoppte auf der Tankstelle vor der Moorweide und rief auf, sich dort zu sammeln. Die Spitze der Demonstration ging ein Stück weit auf die Moorweide, einerseits, um den Nachkommenden Platz zu machen, zum anderen, um die Bewegung der Nazis zu verfolgen, die ganz hinten auf der Wiese standen, sich aber fluchtartig zurückzogen, als wir die Wiese betraten.

(...) In der Zwischenzeit war die ursprüngliche Demospitze stehengeblieben, weil klar war, daß sich ein großes Polizeiaufgebot zusammenzog. Inzwischen hatte sich aber im Demozug eine Eigendynamik entwickelt. Die Reihen zogen an der Demospitze vorbei und liefen über die Moorweide auf die Nazis zu. Ein großer Teil der Demo folgte, zog sich in die Breite und verlor ihre Struktur.

(...) Nachdem die Bullen sich formiert hatten, drängten sie Zug um Zug mit Knüppeln und Wasserwerfern alle Leute (...) von der Moorweide...

Der Dammtorbahnhof wurde zunächst von Bahnpolizei mit Schildern abgesperrt. Auf der Rückseite war der berüchtigte Einsatzzug Mitte postiert. Als die Demo auf den Platz vor dem Dammtorbahnhof zurückgeprügelt worden war und der Einsatzzug Mitte vor den Bahnhofsausgang wollte, wurde er durch Steinwürfe daran gehindert, von dieser Seite die Demo anzugreifen.

Es ist nachvollziehbar, daß viele

ANTIFA



Leute angesichts des brutalen Polizeieinsatzes auf der Demo (...) einen ziemlichen Haß hatten und Steine geschmissen haben. Aber die Steinwürfe und das Abschießen der Leuchtspurmunition waren z.T. ungezielt, sodaß sie DemonstrantInnen verunsicherten und PassantInnen gefährdeten.
(...) Die fliehenden DemonstrantInnen strömten in ungeordneten Haufen über Dammtorstraße und Stephansplatz zurück in die Innenstadt. Der Lautsprecherwagen setzte sich erst in Bewegung, als die Polizei den Parkplatz erreichte und fuhr den fliehenden DemonstantInnen hinterher.
(...) In der Dammtorstraße entlud sich der Haß über den Polizeieinsatz gegen die Scheiben von Banken und Konzernen. Angesichts des chaotischen Zustands der Demonstration und unserer Unfähigkeit, uns zu schützen, trugen diese Steinwürfe bei vielen noch zu weiterer Verunsicherung und Angst bei, zumal viele Steine hektisch geworfen wur^_den, ohne Rücksicht auf Passanten und DemoteilnehmerInnen. In dieser Situation, wo es kaum mehr geordnete Reihen gab und viel Angst und Unklarheit darüber, was die Bullen jetzt vorhaben, hätte es vor allem Aufgabe der Militanten sein müssen, die Demo wieder zusammenzubringen und den Vormarsch der Bullen zu behindern.
(...) Den Gänsemarkt hatte die Polizei bereits in Richtung Jungfernstieg abgesperrt. Ein Teil der Demo zog über Valentinskamp und Karl-Muck-Platz ab. Der größere Teil der Verbliebenen floh über ABC-Straße, Hohe Bleichen zur Caffermacherreihe, wobei die Polizei, vor allem Greiftrupps, die Leute verfolgten.
(...) Wir wissen von 22 Festnahmen und vielen Verletzten.

3) Ursachen für unsere Konzeptionslosigkeit

3.1) Politische Fehler in der Vorbereitung

Beim 1.Vorbereitungstreffen gab es zwei Konzepte für unsere Gegenaktion. Die eine Idee war, daß wir uns am Gänsemarkt sammeln, damit die Demo zunächst den direkten Weg vom KarlMuck-Platz in die Innenstadt blockiert und diese Blockade gegebenenfalls an andere Zugänge zur City verschiebt.
Der andere Vorschlag war, sich frühzeitig direkt am Karl-MuckPlatz zu treffen, um von vornherein zu verhindern, daß die Faschisten sich dort sammeln können.
(...) Es wurde sich darauf geeinigt, daß wir uns am Karl-MuckPlatz treffen und gleichzeitig mit größeren Zusammenhängen versuchen, einzelne Gruppen von Faschisten auf dem Weg zu ihrem Kundgebungsort abzufangen, damit sie sich gar nicht erst sammeln können.
In dieser Vordiskussion um die beiden Konzepte wurden aber auch Positionen vertreten, die u.E. in politische Sackgassen führen.
1) Als Argument gegen den Karl-Muck-Platz wurde von der VVN eingebracht, dort würden Auseinandersetzungen mit Bullen und Faschisten vorprogrammiert, und deshalb könnte man breitere Kreise von AntifaschistInnen nicht hinmobilisieren.
(...) Die Argumentation der VVN läuft darauf hinaus, die Illusion zu schüren: wenn wir uns erklärtermaßen friedlich verhalten und mit den Bullen entsprechende Absprachen treffen, können wir erfolgreich die Faschisten verjagen, ohne uns selbst zu gefährden.
(...) Wir denken, daß die oben beschriebene Tendenz, eine Demo um jeden Preis vor Auseinandersetzungen bewahren zu wollen, bei unerfahrenen DemonstrantInnen Illusionen schürt. Sie trägt zu der Panik bei, die sowohl innerhalb der Demo als auch vom Lautsprecherwagen aus entstanden ist, als wir auf der Moorweide von den Bullen angegriffen worden sind.
2) Einige Leute aus der autonomen Szene hielten die Diskussion um die beiden Konzepte offensichtlich für überflüssig. Für sie war klar: wir gehn auf den Karl-Muck-Platz, denn dort haben sich die Faschisten angekündigt, und die haun wir da weg.
(...) Eine solche Herangehensweise bezieht die politische Situation, in der wir uns befinden, nicht mit ein: 8% Republikaner-WählerInnen, allgemeiner Widervereinigungtaumel...
(...) Angesichts der breiten politischen Akzeptanz für rechtsradikale Positionen wird es nicht immer möglich sein, faschistische Aufmärsche vollständig zu verhindern. Unter diesen Voraussetzungen kann es ein größerer politischer Erfolg sein, mit vielen Menschen z.b. gemeinsam die Innenstadt zu blockieren (selbst wenn die Faschisten dann woanders aufmarschieren können), als mit einer organisierten, entschlossenen Kraft sich auf eine Prügelei mit Bullen und Faschisten einzulassen, in der wir aufgerieben werden. Welcher Weg der richtige ist, ist keine moralische, sondern eine taktische Frage. Grundsätzlich ist es unsere Aufgabe, diese beiden Ebenen optimal zu verbinden.
(...) Nicht individuelle Entschlossenheit sollte Maßstab für eine gemeinsame Aktion sein, sondern eine genaue politische Diskussion über Ziele und Vorgehensweisen, sodaß sich jede/r für die gesamte Aktion verantwortlich fühlt.

(...) Der Mangel an klarer politischer Zielsetzung für die Demo ist aber nicht allein auf die beiden oben kritisierten Tendenzen zurückzuführen, sondern auf eine allgemeine Ungenauigkeit in den Vorbereitungsdiskussionen:
- Unwidersprochen einigten wir uns auf die Aussage, wir wollten an diesem Tag keine Auseinandersetzung mit der Polizei, sondern uns ginge es eben um die Faschisten. Dies ist ungenau, weil ja klar ist, daß wir uns nicht ernsthaft den Faschisten entgegenstellen können, ohne in Konflikt mit der Polizei zu kommen.

(...) Wir haben in der Vorbereitung nicht klar bestimmt, was es für die Demonstration bedeutet, zu versuchen, den Aufmarsch der Faschisten zu verhindern. Angesichts der Unklarheit, wo die Faschisten sich sammeln würden, hätten wir deutlicher aussprechen müssen, daß unsere große Demo nicht flexibel genug ist, überall da präsent zu sein, wo Faschisten sich sammeln wollen.
(...) Wenn wir das vorher klar gesagt hätten, wäre es vieleicht nicht dazu gekommen, daß mehrere Tausend von uns so unüberlegt wegen 30 Skins auf die Wiese gerannt sind.

3.2) Organisatorische Fehler

Die organisierten Zusammenhänge haben in ihren Diskussionen vor dem 3.3. wesntlich mehr darüber geredet, wie es möglich ist, die Faschisten auch dann von der Staße zu vertreiben, wenn die Demo an irgendeinem Punkt von den Bullen gestoppt und handlungsunfähig wird. Es ist praktisch nicht darüber geredet worden, welche Verantwortung einzelne Zusammenhänge für den Schutz und die Strukturierung der Demo übernehmen können und müssen.
(...) Die Zusammenhänge haben für sich gedacht, aber nicht für die Demo. Das war besonders unverantwortlich, weil so viele Leute da waren, die überhaupt nicht orga^_nisiert sind und kaum Erfahrung mit Demonstrationen haben.

Wichtige Entscheidungen dürfen nicht allein der Demoleitung überlassen werden. Es ist wichtig, daß es eine Rückkoppelung zwischen Demoleitung und DemonstrantInnen gibt. Dafür ist es notwendig, daß organisierte Zusammenhänge vorher Delegierte bestimmen, die der Demoleitung die Stimmung der Gruppe vermittelt und umgekehrt die Diskussion der Demoleitung weitergibt.
(...) Die Demoleitung war ein Haufen von Leuten aus verschiedenen Gruppen, die sich überhaupt nicht kannten und sich auch nicht vorher zusammengesetzt haben, um ihr Vorgehen zu besprechen.
(...) Wir haben nicht erwartet, daß so viele Leute zu der Demo kommen würden. Aufgrund dieser Fehleinschätzung gab es auch nur einen Lautsprecherwagen und wenig Megaphone; Aussagen und Entscheidungen der Demoleitung konnten deshalb nicht in den gesamten Demozug vermittelt werden.

Hasta la victoria siempre

Anfang Mai fliegen wir als Baubrigade "Conny Wissmann" nach Nicaragua, um 2 Monate in dem Projekt "La Paz del Tuma" zu arbeiten.
In La Paz werden wir Häuser für die ArbeiterInnen der Kaffeefincas und einen Kindergarten bauen.
Die seit 1979 aufgebauten Betriebe und Projekte sind Erungenschaften der sandinistischen Revolution, die erst durch die Landreform und die Förderung kollektiver oder genossenschaftlicher Arbeitsstrukturen möglich wurden. Durch den Wahlsieg des Bündnisses "UNO" sind viele der Betriebe in ihrer Existenz bedroht. So auch La Paz. Bisher war das Projekt als Staatsbetrieb organisiert, würde also am 25.April in die Hände der "UNO" fallen. Um das zu verhindern, wird La Paz entstaatlicht. Der ökonomische Teil des Projekts, eine Anlagen zur Verarbeitung von Kaffee, wird an die Landarbeitergewerkschaft ATC, der soziale Teil an den Kleinbauernverbaand UNAG überschrieben. Darunter fallen die Häuser, Kindergärten, Gesundheitsposten etc. Diese Umwandlung in nichtstaatliche Einrichtungen findet im Moment in vielen Teilen der Wirtschaft und des Sozialsektors Nicaraguas statt, um die Errungenschaften der Revolution in den Händen des Volkes zu belassen. Warum fahren wir trotz der veränderten Situation durch die Wahl? Die ursprüngliche Bestimmung der Brigaden war, einen internationalen Schutz gegen die drohende US-Invasion zu bieten und das wieder aufzubauen, was die Contrabanden zerstörten. Die Bestimmung jetzt: gemeinsam mit den sandinistischen Massenorganisationen das bisher



Erreichte zu halten, weiter auszubauen und politisch zu verteidigen. Dazu gehört für uns sowohl die Fertigstellung der angefangenen Projekte, die in den Händen des Volkes sind, als auch von hier aus mit darum zu kämpfen, daß die Mörderbanden der Contra tatsächlich ihren schmutzigen Söldnerkrieg gegen die Menschen Nicaraguas einstellen und aufgelöst werden! Nur so haben die Volksorganisationen wie Gewerkschaften, Cooperativen oder Frauenorganisationen den Raum, den sie für ihre weitere Entwicklung brauchen. Das revolutionäre Nicaragua hat für viele Menschen, im Trikont und hier, Hoffnung und Möglichkeit bedeutet. Wichtig dafür war ein enger Kontakt und Austausch mit Nicaragua, der die revolutionären Prozesse anschaulich gemacht hat. Diesen Kontakt wollen wir aufrecht erhalten, auch wenn die neue Regierung schon angekündigt hat, daß sie mit den Internationalisten nichts zu tun haben will. Wir auch nicht mit ihnen. Gemeinsam mit Sandinisten und Volksorganisationen werden wir versuchen, diese direkte internationale Zusammenarbeit weiterhin durchzusetzen! Ob dabei die Form der Arbeitsbrigaden beibehalten wird, werden die Entwicklungen der nächsten Monate zeigen.

Wir sind eine antifaschistische Brigade, das begreifen wir als einen wichtigen Kern unserer internationalistischen Arbeit. Der selbe Staat, der den aufkommenden Neofaschismus verharmlost und toleriert, reagiert mit Repression auf die gesellschaftlichen Widersprüche, sei es Wackersdorf, sei es die Hafenstraße oder der Widerstand gegen die Isolationsfolter in den Hochsicherheitsknästen. Dieser Staat ist gleichzeitig mitverantwortlich für Unterdrückung und Ausbeutung, für die Blockierung und Bekämpfung der revolutionären Bewegung im Trikont. Die BRD hat über verschiedene Organe, besonders die CDU-nahe "Konrad-Adenauer-Stiftung" die ganzen Jahre über die rechten Contrabanden materiell und politisch unterstützt, gleichzeitig haben sie der sandinistischen Regierung jegliche Hilfe verweigert. Das wissen auch die Menschen Nicaraguas, für die unsere "Demokratie" gleichbedeutend ist mit einer der Hauptstützen des Imperialismus, der sie tagtäglich zum Überlebenskampf zwingt. Antifaschismus bedeutet für uns nicht nur hier den aufkommenden Rechtsradikalismus zu bekämpfen, sondernauch die Auswirkungen unseres RECHTSstaates auf andere Länder einzubeziehen. Um diese Verbindungen aufzuzeigen, also eine Brücke zwischen den Kämpfen hier gegen den Kapitalismus und den Befreiungskämpfen gegen Hunger und Unterdrückung im Trikont zu schlagen, nennen wir uns BRIGADE CONNY WISSMANN .
Wir werden aus La Paz regelmäßig Berichte über unsere Arbeit und was sonst passiert, schicken. Wer Interesse daran hat, diese zu bekommen, soll sich bei
H. Kittler, Schäferkampsallee 39, 2000 HH 6, melden.
Für 15.- DM Portokosten (Spenden für das Projekt sind gern gesehen!) werdet ihr in den Verteiler aufgenommen.
Spendenkonto: Nica. Brigaden, Hamburger Sparkasse, Blz. 200 505 50, Stefanie Gräfe, Knt. 1211 4711 70
Wir machen am 5. Mai im Störtebeker um 20.30 Uhr eine Info-Veranstaltung:





Liebes "Neues Schanzenleben", liebe LeserInnen,

wir, die VerfasserInnen, sind eine Handvoll Leute, die in der autonomen Szene waren, z.T. auch noch drin sind. Wir haben aufgrund einiger Diskussionen um Flora-Flugis, an denen und einiges nervte, einen Teil unserer Kritik an autonomem Selbstverständnis und Verhaltensweisen aufgeschrieben. Das Papier ist in keiner Weise vollständig, sondern soll eine Diskussion über autonome Politikformen und Verhalten anregen.
Wir fänden es gut, wenn Leute, die unseren Text lesen, ihre Kritik oder Diskussionsbeiträge auch im "Neuen Schanzenleben" veröffentlichen würden.
Also, dann los.

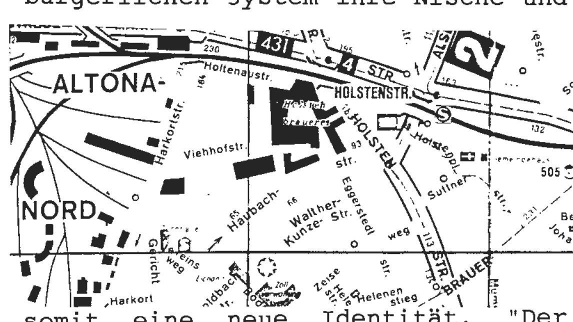
IM Viertel, UMS Viertel und UMS Viertel herum

WE DON'T WANT THE WHOLE FUCKING BAKERY! WE JUST WANT ONE CAKE?

Die Diskussion um die Umstrukturierung "unserer" Viertel", um Verteuerung der Wohnungen, der Kneipen, Zunahme von Dealereien mit harten Drogen in eben diesen Vierteln... zieht sich durch Plena und Flugis der Szene.
Wieso reden so viele Leute hier von unseren Vierteln?
Was macht sie zu Unseren? Und wer gehört zu UNS?
Um diese Fragen beantworten zu können, müssen wir uns zunächst einmal damit beschäftigen, was die genannten Viertel (St. Pauli, Schanzen 1/4) auszeichnet bzw. anders ist als in anderen Stadtteilen. Zuerst mal scheint hier alles noch kaputter und abgewrackter als in anderen Teilen der Stadt. Im Gegensatz zu anderen Gegenden wohnen auf St. Pauli Menschen mit den unterschiedlichsten Lebensarten: alte Menschen, die schon seit eh und je hier leben, Leute aus dem Kiezmilieu, Yuppies, StudentInnen. AusländerInnen und das, was sich als "Szene" versteht. Das macht sich auch im Straßenbild bemerkbar.
St.Pauli wurde zum Sammelbecken der subkulturellen und subkulturell-politischen Menschen - unter anderem "unserer Szene": es gibt einige Läden, die nicht profitorientiert arbeiten und kulturelle sowie politische Veranstaltungen anbieten (Flora, Veranstaltungsräume im Hafen etc.). Außerdem haben wir eine Infrastruktur aufgebaut, durch die wir aktuelle Diskussionen, Flugis, Papers, Infos bekommen können. Es existieren politische Gruppen, die zu verschiedenen Themen arbeiten... Ohne Zweifel liegt gerade hierin ein Anziehungspunkt für viele, vor allem junge Leute. Nicht zu vergessen Revolten und Straßenkämpfe, die immer wieder aufkeimen. Bei allem schwingt das Gefühl von Freiheit und Abenteuer, Widerstand leisten mit.

Kurz gesagt hat in unserem Viertel ein andre Lebensgefühl Fuß gefaßt. Wir haben hier unsere kleine Insel inmitten einer ausbeuterischen Stadt, das kleine gallische Dorf! Und genau hierin wurzelt die Gefahr einer Politik, die zwar scheinbar revolutionär, im Prinzip aber inhaltslos und bestimmt unzureichend ist.

Was macht das Viertel zu "unserm Viertel"?
Die Entwicklung des Kapitalismus treibt die Auflösung traditioneller Bindungen, persönlicher Beziehungen und damit die Vereinzelung und Individualisierung der Menschen voran. Die Menschen werden zu KonkurrentInnen in allen Bereichen. Um dieser Vereinzelung zu entgehen, fliehen die Menschen in die verschiedenartigsten Formen der Gemeinsamkeit (das Angebot ist auch hier nahezu unbegrenzt). Die einen treten Sekten bei, die anderen entdecken ihren Körper wieder, andere machen Kampfsport oder sind im Fußballverein.
Die Identifikation mit einem Stadtteil paßt genau in diese Identitätsuche. Hier treffen sich die Menschen, die mit der bürgerlichen Lebensweise brechen wollen, aber im Nu schaffen sie sich in eben diesem bürgerlichen System ihre Nische und



somit eine neue Identität. "Der Vereinzelung die Kollektivität entgegensetzen." Ob im Fußball- oder Kampfsportverein, oder in "unserm Viertel"; überall läuft die Identifikation über Äußerlichkeiten und über das Leistungsprinzip ab: was im Fußballverein die Tore sind, sind bei "uns" zerditschte Scheiben.

Betrachten wir die andere Seite der Medaille, stellen wir bald fest, daß trotz der "gewachsenen Strukturen in unserem Viertel" das Verhalten der Leute innerhalb der Szene sich gar nicht so sehr von dem der NormalbürgerInnen, von denen mann/frau sich so sehr abzugrenzen bemüht ist, unterscheidet (z.B. hierarchische Strukturen, Gerüchteküche, Sprache und Modetrends). Da der Kapitalismus trotz allem guten Willen auch an uns nicht spurlos vorübergeht, sind die Grenzen auch innerhalb unseres Andersseins sehr eng gesteckt (z.B. Kleidungszwang innerhalb der Szene aber auch außerhalb, bei Wohnungs- und Jobsuche und Ähnlichem). Bisher haben wir uns immer wieder vor einer Analyse unserer eigenen Strukturen drücken können. Die Diskussion um unsere Gruppen- und Beziehungsstrukturen setzt jedoch die Analyse der politisch-ökonomischen Verhältnisse. in denen wir leben und deren Produkt wir sind, voraus. Es sind eben nicht die Menschen, die die Gesellschaftlichkeit planen und entscheiden, sondern es ist das Kapitalverhältnis, das unser Verhalten bestimmt. Wären es die Menschen, die frei entscheiden und handeln könnten, so wäre doch jede Theorie der Befreiung hinfälläg. Die Versuche der radikalen Linken, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, bleibt oft auf der Erscheinungsebene. Der Zwang zum sofortigen Handeln bewirkt, daß Theorie häufig nur als Mittel zum Zweck gesehen wird und deshalb beim Bestätigen des Feind- und Weltbildes stehen bleibt.
Wir beschränken uns auf die äußeren Feinde wie Yuppies, Dealer, Spekulanten...
Es wird versucht, "unser Viertel" vor diesen Feinden zu verteidigen. Für uns (d. Verf.innen) stellt sich die Frage, ob wir überhaupt so uneingeschränkt von "unsern Vierteln" reden können. Viele Menschen hier leben in den letzten Löchern. Prostitution, Zuhälterei und Drogenhandel blühen: Frauen werden an jeder Ecke angemacht, wir sind genauso auf Penny oder Plaza angewiesen, die Luft hier ist genauso verdreckt und Miete zahlen müssen wir auch. Mal ganz davon abgesehen, leben die meisten von uns selber noch nicht lange hier und durch unseren Ansturm auf dieses Viertel und unsere Wohnform in Wohngemeinschaften wurden die Mieten auch in die Höhe getrieben und "gewachsene Strukturen" zerstört. Wird es da nicht zum blanken Hohn, von "unserm Viertel" zu reden oder gar von der Verteidigung desselben? Oder haben wir wirklich kein anderes Ziel mehr, als die kleinen Nischen, die wir hier haben, zu erhalten und zu verteidigen?



Zuletzt noch einige Anmerkungen zum Einzelhandel.



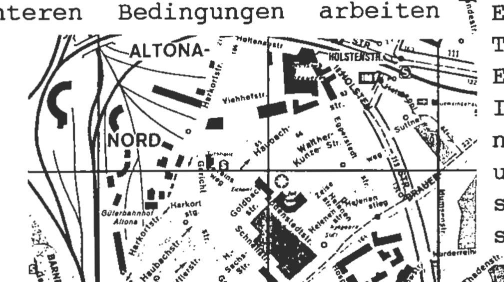
In der militanten Szene setzt sich immer mehr das Bewußtsein durch, daß die kleinen Läden hier im Viertel nicht angegriffen werden dürfen. "Für die Deligierten war es völlig selbstverständlich, daß kein Angriff auf die Läden hier im Viertel statt-



finden soll..." (Flora-Flugi zum Angriff auf die Bullenwache Stresemannstr.) und "Deswegen kämpfen wir gegen einen Luxuskonsumpalast auf dem jetztigen Hertiegelände und die damit verbundene <u>Zerstörung des Einzelhandels</u> (Flugi zur Demo gegen Umstrukturierung und Kommerz in <u>unseren Vierteln</u>). Zwei Gründe werden hierfür genannt: die EinzelhändlerInnen sind im Prinzip ebenfalls arme Schweine (wie wir), werden von GroßhändlerInnen überrollt und in die Pleite getrieben (Achtung, Ausnahme sind die Schicki-Micki-Läden) und diese Menschen sind wichtige Verbündete im Kampf, z.B. der Flora, da sie ebenfalls vertrieben werden sollen. Auch hier stellen war wieder fest, daß die Szene eher bestehendes zu erhalten sucht als eine wirkliche Veränderung, daß es eben nicht darum geht, das Kapitalverhältnis anzugreifen, sondern wirklich nur darum, kleine Veränderungen im hier und jetzt durchzusetzen, die BündnispartnerInnen sind beliebig.

"...Weil der Hamburger Senat unsere Steurgelder lieber für Polizeiaufrüstung und 'Wirtschaftförderung' ausgibt." (Flora-Flugi zur Umstrukturierung)

Warum ist der Einzelhandel schützenswert und verteidigungswürdig, während jeder Scheibenbruch und Plünderungsaktionen bei Penny, Spar, Woolworth hochgejubelt und zur revolutionären Tat gemacht wird? Der Einzelhandel funktioniert doch nach genau denselben Bedingungen. In kleinen Läden ist sogar alles teurer. Der/die EinzelhändlerIn hat zumeist ebenfalls VerkäuferInnen angestellt, die meist zu noch schlechteren Bedingungen arbeiten als im Supermarkt. Oder es wird die ganze Familie eingespannt, Kinderarbeit ist keine Seltenheit. Wir plädieren hier ganz bestimmt nicht dafür, loszuziehen und sofort alle kleinen Läden plattzumachen. Aber wenn wir uns dafür entscheiden, daß das Klirren von Scheiben, das kollektive Plündern und Klauen...eine revolutionäre Aktionsform ist (was es unserer Meinung nach genau zu diskutieren gilt), oder es zumindest ab und an notwendig ist, dann bitte auch gezielt, und dazu gehört der Optiker um die Ecke genauso wie Fielmann, und der kleine Delikatesenladen ebenso wie Spar oder Penny. Es nützt nichts, sich in die eigene Tasche zu lügen und zu glauben, die EinzelhändlerInnen hätten die selben Interessen wie wir, ihnen geht es nicht um eine Veränderung, sondern um die Sicherung ihrer Profitinteessen, die im Moment eben auch bedroht sind.



ES GIBT KEIN RICHTIGES LEBEN IM FALSCHEN

FÜR DIE GANZE BÄCKEREI



Anmerkungen zum Papier "IM Viertel, UMS Viertel und UMS Viertel herum"

Der Versuch der VerfasserInnen, eine grundsätzliche Kritik am eingesessenen autonomen Selbstverstandnis zu formulieren, ist wirklich gelungen. Im Stile der, den autonomen so unglaublich wichtigen "solidarischen Kritik" ist versucht worden, die Tellerrand-Perspektive zu verlassen und die festgefügten, unhinterfragten Banalvorstellungen zu attackieren. Kritik läßt sich eben nur üben, wenn der/diejenige um Distanz zum Gegenstand ringt.
Allerdings klingen mir manche Skizzierungen zu endgültig, manche Schlüsse zu kurz und mißverständlich. Ich erlaube mir daher von der Position der inhaltlichen Zustimmung aus einige ergänzende Anmerkungen.

Der Versuch der VerfasserInnen, eine grundsätzliche Kritik am eingesessenen autonomen Selbstverstandnis zu formulieren, ist wirklich gelungen. Im Stile der, den autonomen so unglaublich wichtigen "solidarischen Kritik" ist versucht worden, die Tellerrand-Perspektive zu verlassen und die festgefügten, unhinterfragten Banalvorstellungen zu attackieren. Kritik läßt sich eben nur üben, wenn der/diejenige um Distanz zum Gegenstand ringt.
Allerdings klingen mir manche Skizzierungen zu endgültig, manche Schlüsse zu kurz und mißverständlich. Ich erlaube mir daher von der Position der inhaltlichen Zustimmung aus einige ergänzende Anmerkungen.



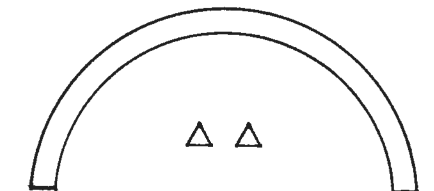
- Die Andersartigkeit gerade von ST.PAULI, übt in ihrer zeitgemäßen Perversion eine ekelhaft anziehend--abstoßende Faszination auf "uns" aus. Gerade auf dem Kiez sprießen die Szenekneipen wie Pilze aus dem Boden. Wie alle anderen bürgerlichen Gruppen werden die drop-outs, die, die so sein wollen und die, die zumindest so aussehen wollen, von den Schwingungen des Kiezes magisch angezogen, sich wohlfühlend in der zwieschlächtigen Atmosphäre von Peep-Show, Imbiß, Strich, Kasino, Prol-Kneipe und Cocktail-Bar. Hier ist alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist. Die Fülle des Angebots, inmitten des Siffs und Miefs, zwischen Stumpfsinn und Subkultur, verarbeitet das gespaltene Bewußtsein des bürgerlichen Individuums unterschiedlich. Ihm steht es prinzipiell frei, sich seinem "Geschmack" gemäß auf dem Markt zu

bedienen, begrenzt lediglich durch den Umfang des Geldbeutels.Während allerdings der/die NormalbürgerIn am Montag wieder artig in den Schoß des entfremdeten Arbeitsplatzes ehrfürchtig zurückkriecht (wozu ihn/sie im übrigen niemand zwingt außer das Prinzip der die geldmäßige Reproduktion erfornderndend "freiwilligen Selbstkontrolle"), integrieren die Yuppies und Autonomen nach Möglichkeit die Andersartigkeit in den Normalflllltag. Hier ist Wohnen und Leben angesagt. Schotten sich die 'aufgeklärten' Yuppies noch von der häßlichen Seite des Viertels ab, nehmen diese höchstens aus der Vogel-Perspektive wahr, finden alles irgendwie tierisch interessant, so verschwimmen den Autonomen alle Grenzen. Hier bin ich, hier darf ich sein, dies ist "unser Viertel!". Das autonome Durchschnittsbewußtsein sucht sich die passende Projektionsfläche zur eigenen, höchstpersönlichen Identitätsfindung. Natürlich wird hier die Gleichförmigkeit und Spießigkeit der Monaden-Kultur ein Stück weit durchbrochen, aber eben in widersprüchlicher Form. Vor dem Hintergrund der all umfassend abgehenden Sicherheiten, Bindungen, Werten und Normen strebt die Monade bewußtlos nach Orientierungsersatz. Die uniformartigen Modetrends der Yuppies und Autonomen sind unterschiedliche Sprößе derselben Wurzel. Ist die, wenn auch verkehrte Entfaltung der Individuen, ein durchaus fortschrittliches Element, nämlich der Borniertheit der Kinderjahre des Kapitalismus entrückt, so ist sie doch Resultat eines "notwendig falschen Bewußtseins" (Marx), was selbst wiederum auf einem falschen gesellschaftlichen Sein der Individuen gründet.

Gerade die Schizophrenie unserer Viertel ist der entscheidende Anziehungsgrund, der Penner neben der Hure, der Daimler des Prols bzw. Autonomen neben dem des Luden bzw. Yuppies (unterscheiden tun sich nur Baujahr und, ach ja. das Autotelefon, das "uns" leider vorenthalten bleibt). Die Verwobenheit von Barbarei, Verwahrlosung, modernem Stumpfsinn, Ausgegrenztsein etc. und fortschrittlichen Zügen macht einen wesentlichen Punkt aus. Das Problem ist nur, daß die Linken jedweder "autonomer Selbstbestimmung" den Alleinvertretungsanspruch der "richtigen" Andersartigkei beanspruchen und nicht merken, daß die Ursprünge eben nicht aus dem Nichts der beliebigen Subjektivität emporsteigen, sondern selbst gegenteiliger Ausdruck der gleichen Vereinzelung sind. Peinlich wirds allerdings dann, wenn um die Verteidigung "unserer Viertel, Kultur, Freiräume etc pipapo" als Bollwerk gegen die "Umstrukurierung" gekämpft wird, ohne auch nur zu ahnen, daß dies zwei Seiten einer Medaille sind.

- Die Analyse der Totalität des Kapitalverhältnis als alle Gesellschaftlichkeit bestimmende Triebfeder ist zu knapp, insbesondere weil sie so auf autonomes Granit beißt. Während die autonome Szene (die Verallgemeinerung sei hier gestattet) das Wesen des Kapitalismus als eine Herrschaft des monolithischen Blocks Staat/Kapital ausgemacht zu haben glaubt, alle Kämpfe auf solche von Personen reduziert und meint, die "Schweine" seien die Drahtzieher allen Übels, verkennen sie den alles durchdringenden Charakter des Kapitalverhältnisses. Kapitalismus ist nichts weiter als die totale Entfaltung des Wertverhältnisses auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Historisch beginnt diese Entwicklung mit der Verwandlung der menschlichen Arbeitskraft selbst in eine Ware. Die Menschen produzieren mehr Wert als zur eigenen Reproduktion notwendig ist, das überschüssige Mehr, der Mehrwert, setzt sich schließlich in Geldgewinn um, in Kapital. Im Unterschied zum einfachen Warentausch wird nicht mehr die Produktion von Gebrauchswerten, die über Geld vermittelt sich gesellschaftlich verteilen, sondern die Anhäufung von Geld, also "Akkumulation von abstraktem Reichtum" zum Schrittmacher der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Nach Marx ist nicht die Herrschaft der Subjekte übereinander, sondern die des "automatischen Subjekts", des zum in Geld darstellbar dringenden WERTS, der "stumme Zwang der Verhältnisse" der entscheidende Unterschied zu allen vorbürgerlichen, auf persönliche Knechtschaft beruhenden Feudalgesellschaften. Die Menschen begreifen sich als voneinander getrennte Konkurrenten auf allen Ebenen, mit Rechten und Pflichten ausgestattete freie und gleiche Staatsbürger-InNen. Die Beziehungen, die die Individuen über die Produktionsverhältnisse zueinander bekommen, pflanzen sich fort in alle Nischen der gesellschaftlichen Beziehungen. Entscheidend dabei ist, daß die Verhältnisse sich den Menschen nicht als von ihnen selbst gemachte, sondern als Verhältnisse von toten, scheinbar mit Eigenleben versehenen Gegenständen, wiederspiegeln; das meinte Marx, wenn er von "Fetischdenken" sprach, von "realem Schein", der sich den Subjekten gegenüber verselbständigt. der Ursprung des "notwendig falschen Bewußtseins".

Durch die kapitalistische Entwicklung wird die Arbeitszeit notwendig immer kürzer, die Freizeit immer größer. Das Individuum, das "nur außerhalb der Arbeit bei sich, und innerhalb der Arbeit außer sich ist", begreift zusehends die Lohnarbeit als notwendige Mittelbeschaffung, um in seiner "Freizeit" kreativ sein zu können, sich auf dem Markt die passende Individualität zurechtzuschustern. Das Angebot ist schon fast zu reichhaltig, muß der Kapitalismus doch, obwohl es um die reine Geldverwertung geht, irgendwelche Gebrauchswerte produzieren, weil sie sonst natürlich niemand kaufen würde. So entsteht dann quasi als Abfallprodukt ein unübersehbares Mehr von Produkten, differenzieren sich die Bedürfnisse aus oder werden überhaupt erst erzeugt. Da es dem Wert scheißegal ist, wie er sich vermehrt, über die Produktion von Windeln oder Schokolade, es ihm auch egal ist, woher die mehrwertproduzierenden Arbeitskräfte kommen, ob klassisch gezeugt oder vom Klapperstorch gebracht, sieht er eben von allen konkreten Nützlichkeiten ab. Vorgefundene gewachsene Strukturen benutzt er, soweit sie dienlich sind, zerstört sie aber gleichzeitig tendenziell, soweit sie der Fortschreitung hinderlich sind. Die kapitalistische Eigenbewegung bringt ein gespaltenes bürgerliches Individuum hervor. Einerseits wird es in eine Welt hineingeboren, in der die traditionellen Bindungen immer mehr weggespült werden, es also auf sich selbst zurückgeworfen wird, und sich fragt, was es mit all dem anfängt. Andererseits verschärft die Krise des Kapitalismus die Sachzwänge, die Konkurrenz untereinander. Das Diktat der Selbstverwertung ist allmächtig und das Fortkommen in der Maschine der Gesellschaft (das jedeR anders definiert) scheint nur von Ihm/Ihr selbst und doch nicht von Ihm/Ihr abhängig zu sein. Schließlich stehen alle vor dem Scherbenhaufen und bestaunen die Produkte ihrer eigenen Verhältnisse. Die Vereinsamung, das Nebeneinander von Hochglanz und Elend, die Naturzerstörung, die Ausbeutung der 3.Welt etc.; nein, "das haben wir doch so alle nicht gewollt". Daß dies das Resultat eines "prozessierenden Widerspruchs" (Marx), des Kapitalismus ist, dringt so nicht ins Bewußtsein, allerhöchstens messerscharf als Produkt der nebulösen "Herrschenden".



- Das reicht natürlich noch lange nicht, um zu erklären, warum die Menschen nicht als Personen die Verhältnisse bestimmen, sondern quasi unfrei als Vollzieher des Kapitalverhältnisses. Marx nannte dies "Charaktermasken". Aber auch diese Bestimmung ist nur halbrichtig, da die Individuen sowohl als Charaktermasken denn auch als Privatmenschen fungieren. Die Trennung der Individuen geht mitten durch sie hindurch. Die autonome Monade, die bei Springer in Ahrensburg arbeitet, weiß zwar um dies zur Reproduktion notwendige Übel, hindert sie aber nicht, diesen, jenseits der persönlichen Stellung im "Schweine-System" existierenden, alle umfassenden

Sachzwang als Komplott der "Herrschenden" zu entschleiern und gleichzeitig von "selbstbestimmten Freiräumen" zu träumen bzw. sie in der "Freizeit" umzusetzen. Nach Marx agieren die Menschen als Vollstrekker eines "geheimen Plans", der "sich hinter ihrem Rücken vollzieht". Trotzdem sind die gesellschaftlichen Binnenentwicklungen innerhalb der kapitalistischen Logik noch von vielerlei gesellschaftlichen Kämpfen abhängig, die die Personen gedoppelt und zerrissen als Charaktermasken und als Subjekte austragen. Auf der Erscheinungsebene tauchen zwar die Sachzwänge als Determinaten auch im Bewußtsein der Menschen auf, trotzdem verwechselt das bürgerliche Bewußtsein das Gegenübertreten von scheinbar frei handelnden Personen mit der Zwangsläufigkeit der Auseinandersetzungen innerhalb der Wertlogik. Dies geschieht sowohl auf Seiten der "Herrschenden" als auch der "Widerstand Leistenden". Beide reduzieren alles auf einen persönlichen Kampf. Daß die politische Sphäre nicht aus den ökonomischen Basisverhältnissen abgelöst werden kann, sondern zu jeder warenförmigen Gesellschaft notwendig dazugehören muß, wird nicht gesehen. Die "Politik" wird entsprechend der bürgerlichen Wissenschaft isoliert und mit Eigengesetzlichkeiten versehen. Die Frage der Machtverteilung ist die alles beherrschende Frage. Schließlich tobt ein Machtkampf zwischen "Chaoten" und "Schweinen", die reine Gesinnungsfrage entscheidet. Ums deutlicher zu sagen: "Es sind eben nicht die Menschen, die die Gesellschaftlichkeit planen" und sie sind es doch gleichwohl, da der Mensch im Kapitalismus mit einem, wenn auch "notwendig falschen" Bewußtsein ausgestattet ist. Das Spannende ist gerade, daß dem vernunftbegabten homo sapiens die Möglichkeit offen steht, die Dinge zu durchschauen, Wesen und Erscheinung auseinanderzuhalten. Auch wenn dies (noch) nicht gelingt, so hat die Monade immer noch die Entscheidungsmöglichkeit zwischen mehreren Alternativen. Es ist auch durchaus nicht egal, was aus ihr wird, ob AutonomeR, Yuppie oder "Schwein"; sonst wäre der alleinige Bezug auf die Linke ja auch schwachsinnig. Aber ohne Durchstoßung des Oberflächendickichts bewegen sich alle wohlmeinenden, moralischen und verbalradikalen Gesinnungen im Kreise des Kapitalverhältnisses.

Viva la Revolution

"Es gibt keine Alternative zum Kommunismus"

– Nun noch ein paar Worte zur "Praxis". Im Papier wird diese bewußt ausgeklammert (siehe in Klammern), um sich eventuell nicht in einem platten Rundumschlag zu ergießen. Das ist völlig korrekt, aber dieser Frage (in der autonomen Szene ist nicht der Inhalt, vielmehr die Form, die Taktik, der Zeitpunkt, die Kardinalfrage) möchte ich noch anreißen. Die Autonomen greifen die "Haßobjekte" der "Herrschenden" an, den Bullen, die Banken, Regierungsgebäude etc. und sei es nur mit Farbbeuteln. Diese Aktionsform würde überhaupt nur Sinn machen, wenn sie als symbolischer Angriff gemeint wäre. Die Autonomen nehmen allerdings das sinnlich wahrnehmbare Einzelne schon für das Ganze, die kaputten Scheiben (deren Schaden die Versicherung bezahlt) schon für einen gezielten Angriff auf das Kapital bzw. aufs System schlechthin. So kann dann



auch jede von noch so beknackten (oder/und besoffenen) NullcheckerInnen eingeditschte Scheiben als revolutionäre Tat heroisiert werden. Das damit natürlich nicht im mindesten das System angekratzt wird, liegt so sehr auf der Hand, daß der/die Durchschnittsautonome dies auch nicht ausblenden kann. Der Inhalt der Militanz wird allerdings nicht hinterfragt, sondern das Gelingen von der "Massenhaftigkeit" der Aktionen abhängig gemacht. Diese bleibt allerdings seit Jahren aus, so daß eine Massenplünderung am Feiertag der Autonomen, dem 1. Mai, wo das berechtigte Existenzinteresse der Menschen sich Bahn bricht, schnell in revolutioäres Aufbegehren umgedeutet wird. Daß das Brechen der bürgerlichen Gesetze berechtigt und notwendig ist, daß aber daraus nicht per se auf eine revolutionäre Tat geschlossen werden kann, diese Unterscheidung fällt bei dieser Betrachtungsweise hinten runter. Die einzige Möglichkeit, diese Praxis als eine "revolutionäre" zu retten, wäre der Versuch, durch diese Symbolik eine geselschaftliche Vermittlung hinzukriegen. Gerade diese Vermittlung mit der "Klasse" aber, auf die sich ein Teil der Autonomen mehr angewidert als inbrünstig bezieht, scheitert aber aus mehreren Gründen. 7um einen muß sie nach der eigenen Logik scheitern, da der wirkliche Inhalt gar nicht transportiert werden kann, sind doch die ProletarierInnen total "manipuliert" durch die ganze Medienhetze, und im Unterschied zu den Autonomen zu blöd, was anderes als Springer zu lesen. Andererseits würden sie die Message gar nicht verstehen können, der Exklusivität der Szene-Sprache wegen.

Außerdem bewegen sie sich natürlich auf der blanken Erscheinungsebene, das Wertverhältnis in seiner Gänze ist mit einer Vernichtung von z.B. "Shell" keine Haarbreite beeinträchtigt. Die ausgebooteten Konkurrenten werden die Beute schnell aufteilen. Wollten die Autonomen das Wertverhältnis in seiner Totalität angreifen. müßten sie sowohl das Bafög-Amt, das Sozialamt, den eigenen Daimler, den Laden um die Ecke, den Dönerstand, dessen Scheiße verzehrt wird, RTL-PLus etc zerstören. Daß das absurd ist, weiß jedeR, aber daß damit in letzter Konsequenz auch die progressiven Elemente vernichtet werden, dringt nicht ins Bewußtsein. Wär schön, wenn sich die Negativseiten der kapitalistischen Vergesellschaftung so einfach auflisten ließen, durch deren Vernichtung das Positive übrig bleibt. Leider ist der Kapitalismus aber ein "prozessierender Widerspruch", der bewußtlos die Gebrauchswerte und die Zerstörungspotentiale als miteinander verzahnt hervorbringt. Die Bank als imperialistisches Etwas ist "viel gut für Scheiben", das Bitten um einen Kredit aber sei es nur ein Dispo, notwendig zur geldmäßigen Kreation der "höchstpersönlichen Identität"; der Computer "vernichtet Arbeitsplätze" (intelligente Menschen glauben tatsächlich, der mit einem gemeinen Eigenleben ausgestattete Computer tut dies, nicht etwa die Logik des Kapitalismus), doch trotzdem ist er irgendwie nützlich; die Gentechnik, das weiß eh jedeR, is'Mega-Kacke, Herrschaftsinstrument und überhaupt, aber daß damit Ackerbau und Fruchtbarmachung in vom Kapitalismus als verbrannte Erde hinterlassenen Gebieten möglich ist, is` auch nich' schlecht). Alles im Kapitalismus hervorgebrachte ist Produkt der reinen Verwertungslogik, Woolworth ebenso wie der kleine Laden um die Ecke. Das zu durchschauen ist das wichtigste. Daß Angriffe in militanter Form gerechtfertigt sind, um den eigenen Interessen Nachdruck zu verleihen, ist eine Sache, eine reformistische nämlich, die revolutionäre Militanz ist eine andere. Ohne diese Einsicht ist eine revolutionäre Perspektive nicht zu haben und bleibt im Ergebnis ein hilfloses Schreien nach mehr "Demokratie". Ach ja, die gibts hier ja sowieso nicht, wir leben ja im "Faschismus". Warum der "faschistische Staat BRD" dann so viel Aufhebens mit der Bekämpfung der militanten Linken macht und nicht einfach derart zuschlägt. daß ein für alle Mal Ruhe im Karton ist, bleibt offen!

Einer aus der Gruppe Autonome KommunistInnen Hamburg





HOLLAND KAAS
IMPORT GMBH

naturgereifte Käse

Schulterblatt 60



Schanzenstraße 5 • Tel. 43 54 74

Wir haben Bücher und Informationen über die Türkei, Emigranten in der BRD, Literatur von türkischen Autorinnen und Autoren.
AYRICA TURKÇE KITAPLAR

YOL KİTABEVİ















Schulterblatt 87
D-2000 Hamburg 6
☎ (040) 437871

»Der Schlachter-Laden«
Fleisch aus kontrol. biolog. Aufzucht
Wurstwaren o. Nitrit- u. Phosphatzusatz

Juliusstraße 2 a • 2000 Hamburg 50
Telefon (040) 4 39 94 04

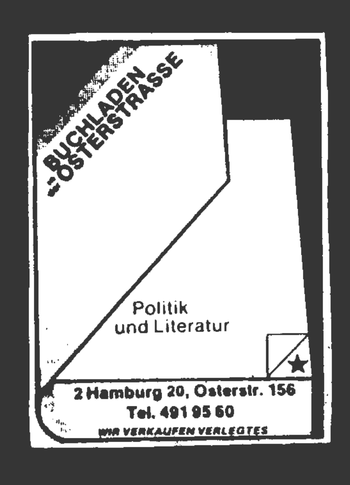
Öffnungszeiten:
Di.-Fr.: 9.00-12.00 + 15.00-18.00 h
Sa.: 9.00-13.00 h

Wochenmärkte:
Isestraße Di.+ Fr., 8.30-14.00 h
Goldbekufer Do., 8.30-13.00 h













RINGVORLESUNG ZUM 129a
JEDEN MITTWOCH, 19.UHR
IM PHIL-TURM DER UNI
HAMBURG, HÖRSAAL B

DUCKENFELD IM OELKERSCAFE
Oelkersallee 64 –
2000 Hamburg Altona (ehemals Dänemark)
Cafetelefon: 439 34 13
zeigt im *MAI NEUNZEHNHUNDERTNEUNZIG*

IF I HAD A MILLION, USA 1934
Regie: div. (u. a. E. Lubitsch N. Taurog) mit: W.C. Fields, Charles Laughton, Gerry Cooper, 88 Min., S/W

SA. 5.05.	21.00 Uhr
SO. 6.05.	21.00 UHR
MO. 7.05	21.00 UHR

BRAZIL, GB ?,
Regie: Terry Gilliam

SA. 12.05.	21.00 UHR
SO. 13.05.	21.00 UHR
MO. 14.05.	21.00 UHR

VERRATEN UND VERKAUFT, UdSSR 1974
Regie: Nikita Michalkow.
98 Min., Farbe

SA. 19.05.	21.00 UHR
SO. 20.05.	21.00 UHR
MO. 21.05.	21.00 UHR

HEIMAT, SÜSSE HEIMAT, CSSR 1985
Regie: Jiri Menzel,
103 Min., Farbe

SA. 26.05.	21.00 UHR
SO. 27.05.	21.00 UHR
MO. 28.05.	21.00 UHR

FLORA PROGRAMM
AB 30.APRIL

Mo 30.4 : 1.Mai Fete (Tanz in den Mai) von der FAU mit Disco
Di 1.5.: Große Flora Party - 6 Monate Besetzung - Straßenfest mit Live Musik/ Videos/ Jonglieren/ Infos

Mi 2.5.: 19 Uhr Flora - Plenum

Fr 4.5.: Kurdistanveranstaltung mit einem der ehemaligen Gefangenen zum Prozeß in Düsseldorf und dem Volksaufstand in Kurdistan 18 Uhr

Sa 5.5. : Schulung zum Ausländerrecht, wird in verschiedenen Sprachen abgehalten (türkisch Sa 13 -20 Uhr) und So 15 - 20 Uhr (Vokü 20 h)

So 6.5. : Frauenfrühstück 11-15 Uhr Jonglieren 15 Uhr Konzert: Peter Kraus und Conny Froboess Revival mit Bockwurst und Kartoffelsalat

Mi 9.5. : Veranstaltung über Totalverweigerung von der SKH 19 Uhr,
Flora-Plenum 19 Uhr
Vollmondorchester 21 Uhr

Fr 11.5.: Bolsche-Vita (Balkan Musik) 21 Uhr

Sa 12.5.: Riego Borodt (Südamerikanische Gitarre, Santo Piacolla Tirao) 20 Uhr

So 13.5.: Frauenfrühstück 11-15 Uhr

radio st. pauli -
jetzt wird es ernst

Kontakte: Radio Cafe montags ab 17 Uhr in der Roten Flora
Unser Büro: Thadenstraße 94; Tel.: 437716
(freitags 16-18 Uhr) .
Plenum jeden 1. Freitag im Monat, 19.30 Thadenstr. 94;

Info-Redaktion/ Kommando Karlheinz Köppke
Di.+ Fr. 18-20 Uhr ; Rote Flora(Volxküche) Tel: 4395413;

Sonntag 13. Mai: Radio St. Pauli Festival in der Fabrik
Einlaß 18 Uhr - Beginn 18.30 DM 12/10

Missing Link (HH)
Kolossale Jugend (HH)
Speednigs (Kölle)
Ostzonensuppenwürfelmachenkrebs (HH)
MY DAD IS DEAD (USA)

Sendungen im "Offenen Kanal", 97,1: Jeden Montag 17-20;

7.5. 17 Uhr Info, 18 Uhr Konzerte, 19 Uhr Frauenradio : HipHop
14.5. 17 Uhr Info, 18 Uhr 10. Todestag Ian Curtis (Joy Division), 19 Uhr Thema Kino;
21.5. 17 Uhr Info, 18 Uhr Glitterhouse, 19 Uhr Frauen Stern- Aktion, Ausstellung Bergedorf;
28.5. 17 Uhr Info, 18 Uhr Frauen in der Rockmusik, 19 Uhr Zusammen Kämpfen - Eine Sendung gegen Frauen und Männer;